

Telegraphische Depeschen.

* Potsdam, 18. Dec. Prinz Wilhelm zog sich gestern Abend durch einen Fall eine leichte Contusion des rechten Beines zu, welche ihn einige Tage an das Zimmer fesseln wird.

* Berlin, 17. Dec. Sr. Maj. Stabschef Corvella Medusa, neun Geschütze, Commandant Corvellenkapitän Matthesen, ist am 22. Nov. von Georgetown nach Insel Trinidad (Westindien) in See gegangen.

* Karlsruhe, 17. Dec. II. Kammer: Die Interpellation über die Stellung der Regierung zu der im Reichstage angeregten Wucherergesetzgebung wurde vom Staatsminister Turban dahin beantwortet, daß dem Wucherer mit der Beschränkung des Zinses und der Befähigung civilrechtlich nicht beizukommen sei, daß dagegen wegen Benutzung von Noth, Leichtsinns und Unvorsichtigkeit die strafrechtliche Ahndung bestehe. Die Frage, ob der Wucherer civilrechtlich gezwungen werden könne, den Wechsel und die Früchte herauszugeben, werde im badien Landrecht durch das Erforderniß gelöst, daß jeder Vertrag eine erlaubte Ursache haben müsse. Wie es im Reiche damit zu halten sei, bedürfe einer gründlichen Erörterung. Dies sei die Stellung der Regierung zu der Frage, wenn die Angelegenheit im Reichstage wieder vorkommen sollte.

Wien, 17. Dec. Abgeordnetenhause: Bei der obermaligen Abstimmung über den §. 2 der Wehrgejesvorlage stimmten 180 Abgeordnete für und 133 gegen den Paragraphen. Der Paragraph gilt sonach, da keine Zwei-Drittelmajorität erzielt worden ist, als abgelehnt. Der Antrag Tomasecz auf dreijährige Verlängerung des Wehrgejes wurde ebenfalls abgelehnt. — Das Herrenhaus nahm das Gesez betreffend die Maßnahmen gegen Viehseuchen und die Vorlagen betreffend die Handelsverträge mit Frankreich und Deutschland an. — Morgen finden in beiden Häusern Sitzungen statt.

* Wien, 17. Dec. Die amtliche Wiener Zeitung meldet die Ernennung des Grafen Felix Wimpffen zum österreichisch-ungarischen Botschafter am italienischen Hofe.

* Paris, 17. Dec. Bei den gestrigen Abstimmungen in der Deputirtenkammer wurden nach offizieller Feststellung abgegeben: bei Ablehnung der einfachen Tagesordnung 246 Stimmen für und 100 Stimmen gegen die Regierung, von letztern ungefähr 75 republikanische und 25 bonapartistische; bei der Annahme der Tagesordnung Lavergne's 234 Stimmen für und 55 gegen das Ministerium, die ganze äußerste Linke und die Fraction der Union republicaine stimmten gegen das Ministerium; die gesammte Rechte enthielt sich der Abstimmung. — Durch ein weiteres Decret der Regierung sind abermals 150 Communes begnadigt worden.

* London, 16. Dec. Die amtliche Gazette ent-

hält eine Reihe königlicher Verordnungen betreffend den Erlaß oder die Aufhebung von Vieheinfuhrverboten, welche letztere vom 31. Dec. an in Kraft treten. Untersagt bleibt die Landung von Vieh, welches aus Oesterreich-Ungarn, Griechenland, Italien, Montenegro, Rumänien, Rußland, den Besitzungen des Sultans einschließlich Bosniens und der Herzegowina sowie aus Belgien und Deutschland kommt. Dagegen ist Vieh, welches aus Canada, Dänemark, Schweden, Norwegen, Portugal und Spanien eingeführt wird, weder der Abschachtung in den Landeshäfen noch auch der Quarantäne unterworfen.

* Wien, 17. Dec. Die Politische Correspondenz meldet aus Konstantinopel, der russische Geschäftsträger erklärte Samas-Pascha, Rußland bestehe keineswegs auf einer Intervention von Delegirten der berliner Signatarmächte bei der Uebergabe von Gussinje, empfehle aber der Pforte wiederholt aufs angelegentlichste, die Uebergabe in friedlicher Weise möglichst zu beschleunigen.

Vom preussischen Landtage.

* Berlin, 17. Dec. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Herrenhauses steht lebhaft der Bericht der Eisenbahncommission über den Entwurf betreffend den Erwerb mehrerer Privateisenbahnen für den Staat.

Der Referent Oberbürgermeister Brünning hebt hervor, daß der Gesetzentwurf im ganzen sowie die einzelnen Verträge mit allen gegen 3 Stimmen angenommen seien, daß aber der zweite Absatz des §. 4, nach welchem die Staatsregierung ermächtigt werden soll, die Prioritätsanleihen der betreffenden Bahnen im Gesamtbetrage von 737,114,700 M. gegen Staatschuldverschreibungen einzutauschen, mit 7 gegen 7 Stimmen von der Commission verworfen sei.

In der Generaldiscussion drückt zunächst Udo Graf zu Stolberg-Berningerode seine Freude darüber aus, daß endlich der Gedanke des Staatsbahnsystems zu Kraft und Leben durchgedrungen sei; die einzige Gefahr desselben möchte in einer zu straff bürokratischen Centralisation bestehen; er hoffe aber, daß der Minister in dieser Beziehung befriedigende Zusicherungen geben werde. Dann möchte er noch eine zweckentsprechendere Regelung des Submissionsverfahrens betonen. Im §. 4 wünsche er die Regierungs-vorlage wiederhergestellt; die Börse werde freilich viele Millionen bei dieser Convertirung verdienen, aber noch mehr würde für sie zu verdienen sein, wenn die einzelnen Anleihen zu verschiedenen Zeiten umgetauscht würden.

Minister Maybach: Nachdem im vorigen Winter beide Häuser des Landtages den Gründen der Staatsregierung für die Erweiterung des Staatsbahnsystems zugestimmt hatten, haben wir die nöthigen Schritte gethan und, wie ein Blick auf die

Karte zeigt, glauben wir mit dem Herausgreifen dieser vier Bahnen das Richtige getroffen zu haben. Wir erhoffen von dem Erwerbe der Bahnen Vorteile für die alten wie für die neuen Bahnen, wir sind vor allem der festen Ueberzeugung, daß bei Bau, Betrieb und Verwaltung eine Menge von Millionen erspart werden können bei einheitlichem Betriebe, die bisher unwirtschaftlich haben vergeudet werden müssen. Hätte der Staat früher zu rechter Zeit die Initiative zum reinen Staatsbahnsystem ergriffen, so wäre das Nationalvermögen nicht der vielen, vielen Millionen verlustig gegangen, die die Herstellung verschlungen hat. Der Vorwurf, daß wir der Börsenspeculation Vorschub geleistet hätten, ist schon durch die bisherigen Erörterungen in sich selbst zerfallen, deshalb kann ich Sie auch nur bitten, dem §. 4 in der Fassung wiederherzustellen, wie ihn das Abgeordnetenhause bereitwillig genehmigt hat; ertheilen Sie der Regierung die gewünschte Vollmacht und sükchten Sie nicht, daß die Börsenspeculation allein den Vortheil von der Convertirung ziehe. Die Börse hat ja viel für die Entwicklung des Privatbahnsystems gethan; aber es ist das nicht ihr Verdienst, sie hat es aus bloßem egoistischen Interesse gethan. Die Aufgabe der Staatsbahnen ist eine höhere; sie hat das wirtschaftliche Leben und die Entwicklung des ganzen Landes zu fördern, und das wird in vollem Umfange nur beim reinen Staatsbahnsysteme gelingen. Die Wünsche des Herrn Vorredners werden erfüllt werden, das neue Regulativ für die Verwaltung der Staatsbahnen, das jetzt Sr. Maj. dem Könige vorliegt, beruht auf dem Gedanken der Decentralisation!

Hr. Theune erklärt, trotz der beruhigenden Erklärungen des Herrn Ministers gegen den Ankauf stimmen zu müssen:

Die stetig sinkende Rentabilitätsziffer der jüngern Staatsbahnen Berlin-Stralsund, Wangerin-König, Eilsen-Remel kann zu fernern Experimenten auf diesem Felde nicht ermutigen. Zudem ist die Normirung der Tarife ganz dem Belieben des Herrn Ministers überantwortet, dieser Umstand in Verbindung mit der neuen deutschen Jollpolitik, die die Einfuhr vom Auslande thümlich beschränken will, scheint mir gerade die Rentabilität der ganzen Transaction zu steigern. Ich bin daher sehr geneigt, diesen Vortheil des Auslandes, das ist ein fructiver Widerspruch nicht außerhalb der Möglichkeitserfordernisse noch nicht vorhanden, einfach den Sackel der Steuerzahler zu vertheilen!

Dr. Graf v. Rittberg: Der Vorredner dürfte die die Freihandelspolitik zu einseitig Ankauf sans phrase verurtheilt bietet zu große Vorteile in daß seine Nachteile dagegen von der Staatsregierung die ganze zu sehen.

Graf zur Lippe: Sieht man die jetzige Lage so steigen die Bedenken. Das sagt man, ihm ungeahnte Vorteile bekommen wir ja gar nicht; in gesellschaften, jetzt gehen 4 ab, 1 nicht als reines Staatsbahnsystem wenn noch die eine oder andere handelt sich hier im letzten Grundsatz, sondern um politische Fragen und zwar zwischen Preußen und Staaten, schließlich also um eine Reich, für die Verwirklichung d jedem Gesetze haben wir aber neben

iner Sympathie für geben, wenn er den Staatsbahnsystem stitlicher Beziehung, Auch ich wünsche, t des §. 4 ertheilt

Staatsfinanzen an, tatabahnsystem soll, inen. Aber das 62 Privatbahn, das kann doch et werden, auch gelöst wird. Es handelt sich hier im letzten Grundsatz, sondern um politische Fragen und zwar zwischen Preußen und Staaten, schließlich also um eine Reich, für die Verwirklichung d achtzwecke auch

Musikalisches aus Leipzig.

** Leipzig, 17. Dec. Unter den jetzt lebenden Tonsetzern hat sich Robert Volkmann schon frühzeitig einen ehrenvollen Ruf und allgemeinere Anerkennung errungen als mancher mitstrebende, gleich talentbegabte Zeitgenosse. Seine Werke werden nicht nur in fast allen Städten Deutschlands, sondern auch in Amerika öfters aufgeführt. Die Cunterpe bringt in jeder Saison einige derselben aufs Programm; im zweiten Concert hörten wir die D-moll-Symphonie und im fünften, selbigen, dessen Festouvertüre. Anfangs machten sich zwar einige Schwankungen im Streichquartett bemerkbar, dann ging dieselbe aber recht gut von statten und wurde beifällig aufgenommen. Unsere geschätzte Opernsängerin Fr. Antonie-Schreiber erschien als Solistin mit einer Arie: „Ich grausam?“ aus „Don Juan“, aber nicht gut disponirt, denn die Coloraturen kamen nicht glatt genug heraus und die hohen Töne sprachen nur mühsam an. Viel besser gelangen ihr die Lieder von Rubinstein („Die Thräne“), R. Franz („Ach wenn ich doch ein Taumelchen wär“) und ganz besonders gut Meydorf's „Wiegenlied“ sowie Schumann's „Frühlingslied“. Die herzinnige, stimmungsvolle Wiedergabe derselben animirte zu anhaltendem Hervorruf, den Fr. Schreiber mit einer Zugabe belohnte.

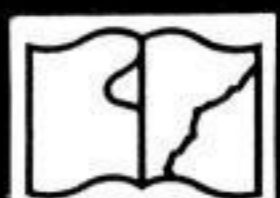
Die andere Solistin des Abends, Fr. Dora Schirmacher aus Liverpool, debutirte mit R. Scharwenka's Klavierconcert in B-moll, eine Aufgabe, die ihrer jugendlichen Individualität nicht besonders angemessen war. Die ersten, wuchtvollen Tongestalten erhielten durch ihre zarten Hände nicht genug Energie. Besser

wußte sie die leichtbeschwingten Tanzrhythmen des zweiten Satzes zu geben. Von kleinern Werken spielte sie am besten Mendelssohn's „Nied ohne Worte“, Fismoll, und Chopin's „Walzer“ in As-dur; aber der eigenthümliche Geist in Chopin's Fis-moll-Stüde schien ihrem Empfinden fern zu liegen. Bei weiterer Vertiefung wird sie infolge ihrer schon erreichten respectablen Technik noch viel Höheres zu leisten vermögen. Das Publikum nahm auch ihre Vorträge recht beifällig auf, worauf sie uns noch mit einer Novellette von Schumann erfreute. Die nicht leichte Orchesterbegleitung des Klavierconcerts ging zwar nicht durchgehend correct, aber doch meistens befriedigend. Den würdigen Beschluß des Concerts machte Beethoven's erhabene C-moll-Symphonie. Der erste Satz hätte etwas schneller genommen, feuriger und schwungvoller angeführt werden können. Das Andante wurde bis auf einige nicht ganz reine Intonationen sehr gut reproducirt, während das Scherzo noch manches zu wünschen ließ. Im Finale hielten sich aber alle brav; es war mit die beste Leistung des Abends, was auch durch lebhafteste Beifallsbezeugungen ehrenvoll gewürdigt wurde.

Aus Petersburg vom 26. Nov. wird berichtet: „In der vereinigten Sitzung der dritten und vierten Section der Russischen Gesellschaft zum Schutze der Volksgesundheit hat Professor Andrejewski am 23. Nov. das Thema der furchtbaren Verbreitung der Diphtheritis in Rußland behandelt und sich ausführlich über die Ursachen der Verbreitung und Entwicklung der Epidemie sowie über die von der Regierung und der Gesellschaft getroffenen Gegenmaßnahmen ausgesprochen. Wie die Nowosti mittheilen, hob

der Professor hervor, daß man zwischen dem Auftreten der mörderischen Krankheit und dem Ergreifen von Schutzmaßnahmen gegen fünf Jahre thatlos hat verstreichen lassen, während welcher man die Entwicklung und den Gang der Epidemie beobachtete. Die Krankheit sprang mittelweise von einem Kreise in den andern, von einem Gouvernement in das andere. Ursprünglich trat sie 1872 in Westasien auf, wohin sie aus Rumänien verschleppt war. Im Jahre 1875 hatte sie schon das ganze nördliche Westasien ergriffen und war in die Nachbargouvernements übergegangen. Jetzt ist sie allmählich bis auf den Kaukasus gewandert, wo sie gegen 40000 Kinder getödtet hat. In Anbetracht dieser gewaltigen Ausdehnung der Diphtheritis haben sowohl Landchaften und Stadtkommunen als die Regierung beschloffen, dem „Rorden Kreuz“ in der Bekämpfung der Seuche Beistand zu leisten.“

— Aus Potenza in der Basilicata wird uns über prähistorische Hellenwohnhütten berichtet: „In den Kalksteinbildungen der hohen Felsenufer des Flusses Gravina, welcher in zwei Armen die Stadt Matera, sonst Hauptort der Provinz Basilicata, umschließt, befinden sich zahlreiche Höhlenreihen, von denen die zugänglichste eine Höhle enthält, die den dort seit drei Jahren von Dr. Ribola unternommenen Ausgrabungen reiche Ausbeute an allen den Gegenständen und Ueberresten geliefert, deren Gegenwart die einstige Wohnstätte vorgeschichtlicher Menschen bezeugt. Dr. Ribola, ein geistvoller, gelehrter und angesehenen junger Arzt, wird in kurzem eine Schrift veröffentlichen, die er an alle in- und ausländischen Alterthumsforscher senden will. Er gibt ihnen darin ausführliche Nachrichten von seinem Funde, und hofft, daß er damit ihre Aufmerksamkeit auf jene Höhlen lenken und einige unter ihnen veranlassen kann, sich nach Matera zu begeben, um mit größerer Erfahrung als die seinige die Höhlenreihen zu untersuchen und neue Ausgrabungen anzuordnen. Die gewonnenen Gegenstände hat Dr. Ribola, der aus Matera gebürtig ist, sehr eindrucksvoll geordnet, und schon seine zahlreiche Sammlung kann den Gelehrten wichtige Aufschlüsse gewähren.“



den Rechts- und Culturzweck zu berücksichtigen; hier ist das nicht möglich, hier wird nur die Macht des Staates und des Großkapitals gestärkt, nichts weiter. Ich lehne den Entwurf somit ab.

Generalpostmeister Dr. Stephan:

Wenn ich den Herr Vorredner bekämpfen will, so bringe ich dazu keine andern Mittel mit, als die Stärke der Sache selbst. Ich bin von jeher ein Anhänger des Staatsbahnsystems gewesen, ohne die Verdienste der Privatbahnen irgendwie verkennen zu wollen. Ich war ein Anhänger der Idee schon lange, bevor der Präsident des Staatsministeriums sich zu ihrer Durchführung entschloß, schon zu der Zeit, als man noch für einen Blotier galt, wenn man von der alleinigmachenden Theorie des laissez-faire abwich. Die Schwankungen und Strömungen, die Dr. Graf zur Lippe in der Eisenbahnpolitik annimmt, haben in Wirklichkeit nicht existirt, man erachtet nur den Zeitpunkt für die Verstaatlichung noch nicht gekommen, und fuhr seit 1873 fort, die Privatbahnen zu schonen, aber mit schärferer Betonung der Staatsbahndividee. Dieses Clairvoyance hat sich, wie alle haben Maßregeln, nicht lange halten können, es hat nur ein Vakuum gebauert. Das Bild aber der ganzen Entwicklung ist das der convergirenden Linien, die alle zu einem Punkte, zum Staatsbahnsystem hinführen. An dem Entwurfe table ich nur, daß er nicht weit genug geht und daß er die Linie nach Westen vorzieht; mir wäre die Linie nach Südwesten, die Anhalter und Thüringische Bahn lieber gewesen. Wahrscheinlich erschien der Regierung aber ein Frontangriff mit zu großen Opfern verbunden, sie hat deshalb einen Plan nach Westen eingeschlagen, der ohne Zweifel zu einer Ueberschuldung und schließlich Umgehung führen wird. Ich wünsche auch keineswegs, daß nach Annahme dieser Vorlage eine Ruhepause eintritt, Ruhe will ich erst haben, wenn die Verstaatlichung ganz durchgeführt ist. Von derselben alle politischen Motive fern zu halten, sehe ich als geboten an; die politischen Oppositionsparteien à tout prix haben immerfort von einer Stärkung der Regierungsgewalt gesprochen. Darin kann ich etwas Erschreckendes nicht finden. Die Eisenbahnpolitik darf vor allem die Politik nicht durchkreuzen, dieser Zustand muß aufhören. Aber in der Verstaatlichung liegt auch eine gewaltige Verstärkung der parlamentarischen Macht, da bisher die Privatbahnverwaltung jeder Controle entbehrte, auch der durch die öffentliche Meinung, die notorisch den Privatverwaltungen gegenüber viel nachsichtiger ist als dem Staate. gefürchtete Beeinflussung der Beamten zur Erzielung gouvemenentaler Wahlen ist völlig haltlos, wir haben auf andern Gebieten gerade die entgegengesetzte Erfahrung gemacht. Wir müssen hier wie in allem nach dem Grundsatz verfahren: Salus publica suprema lex! Die Verwaltung wird sein müssen vorsichtig, ohne schwermüthig, beweglich, ohne schwankend, decentralisirt, ohne zersplittert zu werden. Die Tariffrage gehört ja vor das Forum des Reichstages, aber eine Vereinfachung der Tarife allein wäre schon ein Gewinn; wir würden dadurch aus den 1111 Local-, Verbands- und Specialtarifen herauskommen. Actien sind nicht, wie Herr Graf zur Lippe meint, ein ruhiger Besitz, im Gegentheil, er verursacht Kopfweh; ruhig ist nur der Besitz von Consols. Die große Finanzoperation muß vorgenommen werden; die Agiotage der Börse müssen wir als notwendige Uebel hinnehmen. Soll ferner dieser Erwerb ein Schritt zum Reichs-Eisenbahnsystem sein, so wäre dies für mich nur ein Grund mehr, der Vorlage zuzustimmen, eingedenk des Wortes: „Allez! sei bereit für des Reiches Herrlichkeit!“ Was die Garantien betrifft, so sind mir von ihnen nur sympathisch die über die Amortisation und die Reservefonds; der Eisenbahnrath und die Bezirks-Eisenbahnräthe aber erscheinen mir nur als eine Coullisse, hinter die sich der Minister gelegentlich mit Anstand zurückzieht (Dreierheit), oder aus der er bei andern Gelegenheiten wirkungsvoll hervortreten kann! Ich empfehle Ihnen demnach die Vorlage zur Annahme! (Beifall.)

Baron Senft v. Pilsach erklärt sich gegen den Erwerb der Bahnen, bleibt aber bei seinem schwachen Organ im Zusammenhange auf der Journalistentribüne unverwundlich.

Graf v. Moltke lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die militärische Seite der Angelegenheit:

Die Verstaatlichung ist im Interesse der militärischen Thätigkeit des Landes zur unbedingten Nothwendigkeit geworden. Im Kriegsfalle bedürfen wir doch des gesammten Transportmaterials aller Bahnen; da ist es doch sicherlich vorzuziehen, wenn der Staat nicht mit 49 verschiedenen Behörden, sondern wesentlich nur mit einer zu unterhandeln hat. Was die finanziellen Bedenken anbelangt, so handelt es sich hier doch mehr um einen Umtausch als um eine mächtige Ueberschuldung mit Staatspapieren. Viele Leute, namentlich der arbeitssame Mittelstand hat das Bedürfnis, sein Geld in Papieren anzulegen; er kann es gewiß nicht besser als in den papillarisirten sicheren Staatspapieren anlegen, statt in den Actien, deren Dividende von Jahr zu Jahr sich verringert. Ist er erst Besitzer von Staatspapieren, dann wird er kein Socialdemokrat werden. (Zustimmung.) Was den zweiten Absatz des §. 4 betrifft, so werde ich für denselben stimmen; ich bitte Sie, ein Gleiches zu thun! (Beifall.)

Oberbürgermeister Hasselbach erklärt, nur mit sehr schwerem Herzen für das Gesetz stimmen zu können.

Minister Maybach entkräftet die Befürchtung, daß den übrigen Privatbahnen nunmehr seitens des Staates der Krieg erklärt werden würde:

Allerdings werde der Staat in der Lage sein, zu untersuchen, ob er nicht im Interesse besserer Rentabilität den Verkehr, den er bisher auf Konkurrenzlinien im Interesse der Privatbahnen an diese abgetreten habe, auf seine eigenen Linien zurückdenken solle. Das Bestreben unserer Privatbahnen geht naturgemäß dahin, sich zu accreditiren und zu fusioniren; das birgt aber die Gefahr in sich, daß schließlich wie in England die Eisenbahnen den Staat regieren. Auch Graf Ippenitz, mein Amtsvorgänger, hat am Schluß seiner Amtslaufbahn bekannt: „Das Richtige sind die Staatsbahnen!“ Die Garantien halte ich doch für etwas mehr als ein Klappnetz, namentlich die finanziellen; aber auch die wirtschaftlichen werden sich als fruchtbringend erweisen. Finanzminister Bitter:

Man hat darauf hingewiesen, daß der jetzige Zeitpunkt mit einem Deficit von 47 Mill. der ungeeignetste zu einer so weitsichtigen Operation wäre. Das Deficit rührt aber her aus einer Periode wirtschaftlichen Niedergangs, wie er so stark bei uns noch nicht aufgetreten ist. Es muß und darf angenommen werden, daß wir über das Schlimmste hinweggekommen sind, daß die Zustände sich consolidiren und die Resultate erfreulichere werden. Sonach besteht die begründete Hoffnung, daß nicht bloß die Zinsen der Consols herausgewirtschaftet werden, sondern auch darüber hinaus zur Amortisation noch ein genügender Betrag herauskommt.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt. Dr. Hausmann beruft sich auf die Meinung bedeutender englischer Autoritäten, daß der Staat ein schlechter Kaufmann sei, und wird gegen das Gesetz stimmen.

Nach Ablehnung eines weitem Schlußantrags befürwortet Reichsbankpräsident v. Dechend die Ertheilung der Vollmacht zur sofortigen Conversion der Prioritätsanleihen. Die Operation werde sich bei den gesunden Creditverhältnissen unsers Landes ohne den geringsten Nachtheil vollziehen.

Staatsminister Camphausen: An der Annahme der Vorlage habe ich keinen Augenblick gezweifelt; ich bin aber stets Anhänger der Privatbahnen gewesen und sehe die hier beabsichtigte Ausdehnung der Staatsomnipotenz für einen Rückschritt an. Ich werde für Berlin-Stettin und gegen die andern Bahnen stimmen. Der gegenwärtige Moment zur Verstaatlichung scheint mir auch der geeignete nicht zu sein; durch die Reichsverfassung haben wir seinerzeit die Concurrenzen zugelassen, jetzt gehen wir direct gegen diese Bestimmung ins Feld. Die 1873 beschlossene Berlin-Wehlarer Bahn ist noch immer nicht vollendet und wird erst im nächsten Jahre den vollen Ertrag liefern; auch sonst sind Privat- und Staatsbahnen durch große Geldebewilligungen in jüngster Zeit in eine andere Lage gekommen; die Geldmittel sind noch lange nicht consumirt und doch verläßt man das gemischte System schon

jetzt, wo eine Probe auf die neugeschaffenen Verhältnisse noch gar nicht gemacht werden konnte! Keine Besorgnisse richten sich auf eine fernere Zukunft, die den Schaden des jetzigen Schrittes zu tragen haben wird, wenn er ein solcher ist. Die Einwilligung zur Conversion nach Article 2 des §. 4 kann ich nicht ertheilen.

Graf v. Brühl wird im Gegensatz zu seinen politischen Freunden für die Vorlage stimmen.

Die Generaldiscussion wird geschlossen. In der Specialdiscussion werden die §§. 1-3 ohne Debatte angenommen.

Zu §. 4 liegt der Antrag des Hrn. v. Simpson-Georgenburg vor, die Vorlage wiederherzustellen, d. h. der Regierung die Ermächtigung zum Umtausche der Prioritäten gegen Staatsobligationen zu gewähren. Ueber diesen Antrag wird namentlich abgestimmt. An der Abstimmung theilnahmen sich 106 Mitglieder; der Absatz 2 des §. 4 wird mit 90 gegen 16 Stimmen wiederhergestellt.

Die §§. 5-10 rufen keine Discussion hervor; das ganze Gesetz wird mit großer Majorität angenommen.

Die nächste Sitzung wird erst im neuen Jahre stattfinden.

Im Abgeordnetenhaus wird zunächst folgender Antrag des Abg. v. Vandener der Agrarcommission überwiesen:

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen: schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die durch das Gesetz vom 15. März 1879 zum Ergänzungsgesetz vom 27. April 1872 herbeigeführte Wiedereröffnung von Rentenbanken bis zum 31. Dec. 1880, auch auf solche Realitäten auszudehnen geeignet ist, deren Abschlag bei Ausführung des Gesetzes vom 2. März 1850 nicht zur Ausführung gekommen ist.

Hierauf wird die Petition des Magistrats und der Stadtverordneten zu Elbing vom 28. Oct. v. J. betreffend die Errichtung dortiger Simultan Volksschulen zur Debatte gestellt.

Die Commission für das Unterrichtswesen beantragt Ueberlegung zur Tagesordnung.

Abg. Dr. Oneiß, unterstützt von zahlreichen Mitgliedern der national-liberalen und Fortschrittspartei, will hingegen die Petition der königlichen Staatsregierung zur Vertheidigung überwiesen wissen.

Es melden sich 14 Redner gegen, 15 für den Antrag der Commission, welchen als Referent Abg. Graf Clairon v. Haussonville begründet:

Derselbe recapitulirt zunächst die bekannten elbinger Vorgänge und führt aus, daß die Umwandlung der confessionellen Knabenschulen in paritätische seitens des Herrn Cultusministers früher nicht genehmigt, vielmehr mittels Erlasses vom 14. Febr. 1879 die Erörterung dieser Frage angeordnet und Bescheid vorbehalten war, daß ferner der Magistrat der Stadt Elbing von dieser Sachlage Kenntnis hatte und trotz der ausstehenden ministeriellen Genehmigung die Einrichtung der Simultanschulen förderte. Mitin sieht die angefochtene Entscheidung des Herrn Cultusministers vom 9. beziehungsweise 14. Oct. 1879 in Uebereinstimmung mit den bestehenden Gesetzen und den seither in der Unterrichtsverwaltung befolgten Grundsätzen und liege weder eine Verletzung eines Rechtes der städtischen Behörden noch auch der communalen Interessen vor.

Gegen den Commissionsbericht erhält zunächst das Wort Abg. Dr. Oneiß:

Allerdings könne man dem Staate das Recht der Aufsicht über das gesammte Schulwesen nicht im mindesten verkleinern. Aber man dürfe auch nicht verkennen, daß alle Rechte einer Behörde zugleich Pflichten derselben seien. Habe die Regierung Bedenken gehabt, die Simultanisirung zuzulassen, so habe sie nicht, wie sie gethan, die Commune 42 Monate lang auf definitiven Bescheid warten lassen dürfen, sie hätte bedenken müssen, daß die Durchführung einer

Unsere Zeit, die älteste der deutschen Revuen, seit 20 Jahren im Verlag von F. A. Brodhaus in Leipzig erscheinend, von Rudolf von Gottschall herausgegeben, tritt vom Jahrgang 1880 an in verjüngter Gestalt auf, indem sie mit ihren belehrenden, namentlich zeitgeschichtlichen Artikeln, in denen sie bis jetzt einzig dasteht, leichteren Unterhaltungsgeschmack verbindet, wie ihn auch die „Revue des deux mondes“ darbietet. Sie bringt demnach künftig aus Novellen, Reisebüchern, Dichtungen und räumt dem Essay eine hervorragende Stelle ein. Statt in halbmonatlichen Heften erscheint sie fortan in Monatsheften und in eleganter, geschmackvoller Ausstattung, während der bisherige sehr billige Preis (vierteljährlich 4 1/2 M.) geblieben ist. Das bereits angegebene Jahresarbeits zeigt uns die Zielstrebigkeit der Zeitschrift in ihrer neuen Gestalt und weist eine Reihe der besten Autornamen mit durchweg werthvollen Beiträgen auf. Die Novellistik ist durch Ernst Wichert vertreten, die Lyrik durch ein Gedicht des Herausgebers; die Naturwissenschaft durch einen interessanten Aufsatz von Karl Vogt über Paläontologie, die Politik durch einen zugleich zeitgeschichtlichen und kritischen Essay über die politischen Parteien in Deutschland von H. V. Oppenheim und durch „Petersburger Reskripte des Deutsch-Französischen Kriegs“, eine Studie von Meyer von Walded, welche auf die Stimmung gewisser russischer Kreise gegenüber Deutschland interessante Streiflichter wirft, die bildende Kunst durch eine eingehende Charakteristik Hans Raskar's aus der Feder Friedrich Pecht's, die Philosophie durch einen höchst anregenden Vortrag über Wissenschaft und Aberglauben von Professor Wilhelm Wundt in Leipzig, die Literatur durch einen Essay des Herausgebers über das neue deutsche Lustspiel. Den Abschluß bilden eine politische und eine literarische Revue, beide von objectiver Haltung und voll treffender Aperçus. Mit einem Worte: wir haben jetzt in „Unsere Zeit“ eine ebenso gediegene wie glänzende, eine zugleich vornehme und volksthümliche deutsche Revue vor uns, eine Zeitschrift ersten Ranges.

Bei dem Interesse, welches sich gegenwärtig der durch die Natur so reich gesegneten, durch die Menschen in den

letzten Jahrhunderten so miserabel bewirthschafteten Insel Cypren zuwenden, ist es erklärlich, daß neuerdings infolge der Uebersetzung, welche für die Geschichte derselben eingetreten ist, eine Schrift nach der andern über sie erscheint. Ein Prachtwerk ist das des amerikanischen Coujuis auf Cypren, Louis Palma di Cesnola, welches durch Ludwig Stern deutsch bearbeitet und von dem berühmten Georg Ebers in der empfehlendsten Weise bedormtet, soeben in dem Verlage von Neumann, Cotta, Neuberger, in Jena erscheint unter dem Titel: „Cypren, seine alten Städte, Gräber und Tempel. Bericht über zehnjährige Forschungen und Ausgrabungen auf der Insel“ etc. Was Lazard für Babylon und Ninive, was Mariette für Aegypten, was Schliemann für Ilion und Mykenä, das hat, sagt Ebers, Cesnola für Cypren gethan. Nachdem P. di Cesnola als General im Heere der Nordamerikaner gegen die Südstaaten mitgefochten, wurde er von Lincoln kurz vor dessen Ermordung zum Consul nach Cypren geschickt, wo er seine strategischen Talente trefflich benutzte, um durch Ueberwindung der Fausalität, der Mißgunst und des Aberglaubens der Türken das nächste Material zur Culturgeschichte dieser merkwürdigen Insel zu sammeln. Tausende von Gräbern hat er geöffnet und ganze Schiffsladungen von Alterthümern hat er aus der Verborgenheit hervorgezogen und dadurch eine Menge sicherer Anhaltspunkte für die Erforschung der früheren Culturzustände geboten, so daß seine Arbeiten als für jeden Geschichtsschreiber des Alterthums unentbehrlich bezeichnet werden können. Die mehr als 500 in den Text und auf 96 Tafeln gedruckten Holzschmittillustrationen und die 12 lithographischen Schrifttafeln und 2 Karten, welche dem Werke beigegeben sind, erhöhen seine Brauchbarkeit für die Wissenschaft bedeutend. Aber auch für jeden Gebildeten ist es eine anziehende Lectüre, da mit den Beschreibungen der gesundenen Alterthümer zugleich auch die Erzählung der Mythen und Beschwerden verbunden ist, welche ihre Gewinnung verursachten. Man hat in diesem Buche die lebendigsten Bilder aus der Vergangenheit wie aus der Gegenwart Cyprens, man wird in der angenehmsten Weise in ihre gesammten Culturverhältnisse

eingeführt und gewinnt dadurch einen ungefähren Maßstab für die Schwierigkeiten, mit denen die Engländer werden zu kämpfen haben, wenn sie aus diesem heruntergekommene Uebersiedler wieder, was es sein könnte, ein irdisches Paradies schaffen wollen.

Die zweite Auflage des im In- und Auslande gekannt und bewunderten Prachtwerkes „Stalten. Eine Wanderung von den Alpen bis zum Aetna“ wurde mit der kürzlich erschienenen 37. Lieferung zum Abschluß gebracht und präsentirt sich nun in einem ebenso glänzenden als geschmackvoll eingebundenen Foliobande, der beanspruchen darf, auf jedem Salonische einen der ersten Plätze einzunehmen. In die Abfassung des Textes haben sich drei Verfasser getheilt: Oberitalien wird von Karl Stieler, Mittelitalien von Eduard Paulus, Unteritalien und Sicilien von Wolbom Kadon geschildert; alle drei wertheuern an malerischer Wirkung des Wortes mit den landschaftlichen, architektonischen und ethnographischen Bildern (gegen 100 große Blätter in Tondruck und 300 Textillustrationen), die ein Verein von Künstlern ersten Ranges uns hier in so reicher Fülle vor Augen stellt.

Die beiden im Verlage von Julius Perthes in Gothe erscheinenden Kartenwerke: „Adolf Stieler's Hand-Atlas über alle Theile der Erde, neu bearbeitet von Petermann, Berghaus und Vogel“, und „Dr. R. v. Spruner's Hand-Atlas für die Geschichte des Mittelalters und der neuern Zeit, neu bearbeitet von Menken“, sind im Jahre 1879 wieder wesentlich fortgeschritten: ersteres, das 35 Karten in 32 Lieferungen enthalten soll, gelangte bis zur 10. Lieferung, von letzterem, 90 Karten in 23 Lieferungen, liegen bereits 21 Lieferungen vor und sollen die beiden Schlußlieferungen womöglich noch vor Ablauf des Jahres zur Ausgabe kommen. Den eminenten wissenschaftlichen wie praktischen Werth dieser Atlanten hat die Kritik längst als unabweisbar festgestellt, und auch die Ausführung der Blätter in colorirtem Kupferlicht läßt kaum etwas zu wünschen übrig.

solchen Organe tiefste in p... taufende so... nothwendig... gebens geme... wenn er jeh... wolle. Red... preislichen... für seine Au... möglichst zu... rung nicht... bringen für... Staat von... auf dem G... das der E... Bindthorft... nischen R... rüsthetre... Interesse de... sei. (Sehr... in abgeschlo... Verfügungs... chen Zustän... unserm gam... das Vorgeh... gerechtfertig... denn das E... des jeweilig... zwischen S... ordnung d... die Kirche... ruhigte, ob... Fragen, ob... Weg, um d... uns allen... Sie, in die... kein Kurfür... nicht nur... (Lebhafter... Cultus... Den G... tarischen A... Sache, eine... seit einem... literarisch... in seiner öf... retische Gef... seines wiss... gebenden B... gefaßt gew... berichts mi... eine große... professionell... hat es ind... anzuschlage... gar nicht... mir dabentr... denn ich b... anderen, seit... deren, an... soll, hat d... mich einige... Unterrichts... schließlich... das heißen... die christli... meinen Sch... mit Deut... (Hausen). und der G... Schulen an... irgendeine... diesen Vor... ruht auf... Dr. Abg... wechself... so sagen so... schule. D... unserer V... den Confes... von irgend... nicht zu sp... Volksschule... Kirche, son... acceptiren... Ich lan... nungsbau... habe, vor... vielangeseh... strengsten... sie erlassen... gung aller... interesse de... bin mir b... trocken hab... Widerprüc... lassen. (E... Tang gefall... Möglichstei... geburt ein... sehr unser... spricht von... schulen. A... begreiflich... geben lasse... zu beleuch... nicht etwa... ermogen, ... aber ich... Widerprüc... Wenn ich... gewinnen... rechtlich a... ich, wüßte... haben... Ich habe... handene, ... gekommen... habe ich a... nitio-orga...

solchen Organisation im Gebiete des Schulwesens auf das tiefste in private Interessen einschneide, daß sie Hunderttausende koste. (Sehr wahr!) Sie habe kostbare Neubauten notwendig gemacht. Und alle diese Ausgaben sollen notwendig gemacht sein? Ueberdies habe der Staat unrecht, wenn er jetzt der Simultanisierung einen Riegel vorziehen wolle. Redner gibt eine Entwicklung der Beziehungen des preussischen Schulwesens. Der Staat habe danach es stets für seine Aufgabe angesehen, die confessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen. Er frage, ob die Simultanisierung nicht diesen Grundsatze am besten zur Ausführung bringen könne. Diesen Standpunkt habe der preussische Staat von jeder befolgt und das Uebergewicht der Kirche auf dem Gebiete der Schule beseitigt — ein Uebergewicht, das der Schule nicht immer zum Segen gereicht ist. (Abg. Windthorst: Parteimeinung.) Er sei weit entfernt, der königlichen Regierung mala fides zur Last zu legen. Eine prächtige Behörde hätte aber da einhalten müssen, wo das Interesse der Gemeinde auf das schreiendste verletzt worden sei. (Sehr wahr! links.) Wenn die Befugnis des Ministers, in abgeschlossener städtischer Corporationen, in deren freies Verfügungsrecht einzugreifen, sonnenklar feststände, zu welchen Zuständen würden wir dann gelangen? Was sollte aus unserm ganzen Schulsystem werden, wenn dieses hohe Haus das Vorgehen des Ministers in der elbinger Schulfrage als gerechtfertigt, als in der Ordnung erklärend würde? Soll denn das Bestehen unserer Schulen völlig in das Belieben des jeweiligen Kultusministers gestellt werden? Der Streit zwischen Staat und Kirche wird durch die geforderte Unterordnung der kommunalen und Schulangelegenheiten unter die Kirche nicht beendet, sondern verschärft. Gleichmäßige, ruhige, objective Abwägung und Behandlung aller solcher Fragen, ohne Ansehen der Person ist der einzige richtige Weg, um die religiösen Bedenken zu beseitigen, um den von uns allen gewünschten Frieden herbeizuführen. Ich bitte Sie, in dieser bornenvollen Frage des Wortes unserm Großen Vorfürszen eingedenk zu sein: „Wer regieren will, muß nicht nur religiös, sondern er muß auch gerecht sein.“ (Lebhafter Beifall links.)

Kultusminister v. Puttkamer:
 Den Hrn. Abg. Gneist zum Gegner in einer parlamentarischen Angelegenheit zu haben, ist stets eine mißliche Sache, einer Angelegenheit, in welcher der Herr Abgeordnete seit einem Jahrzehnt gewisse theoretische Gesichtspunkte literarisch vertreten und sich vergeblich bemüht hat, sie in unser öffentliches System einzuführen, zu bekämpfen, theoretische Gesichtspunkte, welche er mit der ganzen Autorität seines wissenschaftlichen Namens mit der ihm zu Gebote stehenden Beredsamkeit vertheidigt. Ich bin daher darauf gefaßt gewesen, und ich glaube der Inhalt des Commissionsberichts mußte mich darauf gefaßt machen, mich heute in eine große theoretische Debatte mit Hrn. Abg. Gneist über confessionelle Schulen zu einzulassen. Der Hr. Abg. Gneist hat es indessen vorgezogen, heute einen ganz andern Ton anzuschlagen und hat alle diese großen Fragen entweder gar nicht, oder doch nur oberflächlich berührt. Er machte mir dadurch mein Auftreten auf der einen Seite schwer, denn ich hätte gern mit ihm über diese Fragen disputirt; andererseits erleichterte er mir meine Aufgabe. Aber, meine Herren, an die Stelle dieser Schonung wenn ich so sagen soll, hat der Herr Abgeordnete einen Vorwurf gesetzt, der mich einigermaßen in Erstaunen setzt. Er sagt, die jetzige Unterrichtsverwaltung bedeuete eine Umkehr zu dem ausschließlich kirchlichen Standpunkt. Meine Herren, wenn das heißen soll, daß ich bemüht bin und bemüht sein werde, die christlichen Grundlagen unserer Volkserziehung unter meinen Schutz zu nehmen, so acceptire ich diesen Vorwurf mit Dank. (Lebhafter Beifall auf der rechten Seite des Hauses). Wenn es aber heißen soll, daß ich dem Staat und der Gemeinde und dem bürgerlichen Leben gehörende Schulen anzuheben will an irgendein kirchliches System, an irgendeine bestehende Religionsgesellschaft, dann weise ich diesen Vorwurf entschieden zurück. Dieser Vorwurf beruht auf der bartnäckigen Verwechslung, in welcher der Hr. Abg. Gneist sich seit einem Jahrzehnt befindet, er verwechselt fortwährend die öffentliche Schule, oder wenn ich so sagen soll, er setzt sich in einen Gegensatz zur Parochialschule. Das ist nicht der richtige Gegensatz, die Signatur unserer Volksschule ist der bürgerliche Charakter, und in den Confectionseinrichtungen unser Lehrplans braucht man von irgendeiner Auslieferung der Schule an irgendein System nicht zu sprechen. Ich will den christlichen Charakter unserer Volksschulen erhalten, aber ich will die Mitwirkung der Kirche, soweit sie in den Rahmen unserer Staatsgesetze paßt, acceptiren.

Ich kann es zunächst mit einer gewissen besondern Beugung begründen, daß ich heute endlich Gelegenheit habe, vor dem Lande und dem Hause darzulegen, daß meine vielangesehene elbinger Verfügung getroffen ist in den strengsten Grenzen der mir zustehenden Competenz, daß ich sie erlassen habe nach objectiver und gewissenhafter Erwägung aller Momente, daß ich kein wesentliches Gemeinwohlinteresse dabei verletzt habe. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich bin mir bewußt, daß ich eine richtige Entscheidung getroffen habe, und daß ich einer unterdrückten confessionellen Minderheit den ihr gebührenden Schutz habe angedeihen lassen. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich habe es mir monatlang gefallen lassen, in der gegnerischen Presse, ohne die Möglichkeit der Gegenwehr, meine Verfügung als die Ausgeburt eines finstern, verhängnisvollen Geistes, als die Umkehr unserm ganzen Staatssystems bezeichnet zu sehen. Man spricht von einem systematischen Kriege gegen die Simultan-schulen. Von alledem ist keine Rede, und Sie werden es begreiflich finden, daß ich diese Gelegenheit nicht vorübergehen lasse, ohne diese Frage bis in ihre innersten Winkel zu beleuchten. Eins ist mir nicht leicht geworden, nämlich nicht etwa, daß ich einen Augenblick, nachdem ich alles wohl erwogen, zweifelhaft gewesen wäre, wie ich entscheiden sollte, aber ich mußte, daß gerade diese Entscheidung lebhaften Widerspruch in der öffentlichen Meinung finden würde. Wenn ich bei Prüfung des Falles die Uebergangung hätte gewinnen können, daß ich es mit einer thatsächlichen und rechtlich abgeschlossenen Sachlage zu thun hätte, dann, glaube ich, würde ich hinter dieser Uebergangung Deckung genommen haben und die Sache ihren Gang haben gehen lassen. Ich habe aber diese Uebergangung nicht erlangt. Eine vorhandene, unter Genehmigung der Aufsichtsbehörde zu Stande gekommene, in voller Wirksamkeit stehende Simultan-schule habe ich als in rechtlicher Geltung befindlich und als definitiv-organisiert anzuerkennen. Ich glaube, daß ich in diese

Sphäre einzugreifen, ohne Einwilligung der Träger der Schulunterhaltungspflichten und bei fortwährend gesicherter Erfüllung der bei dieser Einrichtung maßgebend gewordenen Rücksichten der Verwaltung, nicht das Recht habe. Ich spreche dies nicht als theoretischen Satz aus. Ich habe in der elbinger Angelegenheit danach gehandelt, indem ich den auf die Zurückweisung der Simultanisirten Mädchen-schulen gerichteten Antrag nicht berücksichtigt habe.

Ich habe von demselben Standpunkte aus die simulanisirten Mädchenschulen in ihrem jetzigen Zustande nicht gestört. Ich habe von diesem Standpunkte aus vor einigen Wochen, wie die Herren in den Zeitungen gelesen haben werden, den Antrag katholischer Hausväter in Referirt betreffs Confectionalisierung ihrer Schulen abgelehnt, und ich werde in den nächsten Tagen einen aus Schlesien vorliegenden Fall wahrscheinlich ebenso entscheiden, aber für dasjenige, was vor meiner Amtsführung auf diesem Gebiete geschehen, dafür trage ich die politische Verantwortung nicht. (Sehr richtig! rechts.) Denn ich stehe nicht an, zu erklären, daß für alle diese Fälle die Verantwortung der früheren Regierung zur Last fällt, dagegen ein grundsätzliches Weiterschreiten auf der Bahn der Confectionalisierung unserer Volksschule von der confessionellen Grundlage, und gerade hierfür ist der elbinger Fall charakteristisch, verpflichtet, in jedem einzelnen Falle die Voraussetzung mit peinlicher Sorgfalt zu prüfen, welche nach dem ministeriellen Rescript vom 15. Juli 1875, dessen Geltung ich anerkenne, vorliegt. Wenn ich mich auf diesen Boden stelle, muß ich Bedenken tragen, ein grundsätzliches Weiterschreiten auf dem Wege der simulanisirten Schule zuzulassen, und glaube ich mich der Zustimmung aller derer — und das ist die große Mehrheit unserm Volke — dabei versichert halten zu dürfen, welche in der Erhaltung des christlichen Charakters der Volksschule nicht ein überwundenes Vorurtheil, sondern ein Palladium unser nationaler Culturlebens erblicken.

Nach was zu erwägen, von wie großer principieller Bedeutung der Erlaß für meine ganze Amtsführung war, da ich nicht zu erkennen vermochte, daß der durch die Ver-schwerde angefaßte Plan der städtischen Behörde nach erfolgter Durchführung eine Umänderung erfahren hätte, zumal — es handelt sich um den Februar dieses Jahres — die Vorbereitungen noch alle auf dem Papier standen; denn die baulichen Einrichtungen, auf die der Hr. Abg. Gneist so bedeutendes Gewicht legt, sind doch gleichwerthig für simulanisirte und confessionelle Schulen. Es handelt sich bei dieser Sachlage, und ich knüpfe immer an den Februar dieses Jahres an, meiner Auffassung nach nicht um einen Schritt zurück auf das Alte, sondern um die Aufhebung einer Confectionsschule und Umwandlung derselben in eine paritätische, also man tritt aus dem bestehenden Zustand in einen neuen. Und deshalb trat die Nothwendigkeit hervor, alle diejenigen Rücksichten, welche das Rescript von 1875 aufstellte, mit Genauigkeit zu prüfen. Denn Eins ist doch klar: die in der Centralinstanz in der elbinger Angelegenheit getroffene Entscheidung mußte, wenn sie auf Abweisung der Ver-schwerde der katholischen Hausväter hinausging, von einer ganz ungemein präjudizialen Bedeutung sein. Und mit welchem Frug hätte der Minister in einem andern Falle seiner Genehmigung zur Simultanisierung vorenthalten können, wenn in diesem Falle, wo alle wesentlichen Bedingungen der Zulässigkeit fehlten, die Regierung nachgeben hätte? Mein Rescript beruht auf sorgfältigster Erwägung und auf dem principiellen Boden, auf dem ich stehe. Die confessionelle Volksschule muß in ihrem Bestande geschützt werden. Diese Schule ist für mich die normale und in unserm öffentlichen Recht begründete. Auf dieser Schule beruht die moralische und intellectuelle Grundlage unserm Volke. Christliche Gesinnung und Gesittung müssen die Grundlage unserm Volksschulwesens bleiben; gerade um so nöthiger ist das, je mehr der Zeitgeist an dieser Grundlage rüttelt.

Wenn nun aber durch das Nebeneinanderwohnen von Angehörigen verschiedener Bekenntnisse, durch das Fehlen finanzieller Mittel Simultan-schulen nöthig werden, hat noch niemals ein Minister ihr Bestehen inhibirt. Aber die Frage der Zulässigkeit der Simultan-schulen ist durchaus nicht der Autonomie der Gemeinden unterworfen. Was den vorliegenden Fall anlangt, so ist auf die großen Opfer, welche die Gemeinde für die Schulen gebracht hat, hingewiesen worden. Das erkenne ich an. Aber andere Communen, z. B. Berlin, Breslau, Köln, haben auch solche Opfer gebracht und darum doch niemals das Oberaufsichtsrecht des Staates bezweifelt. In der unbedingten Autonomie der Städte liegt aber auch eine große Gefahr. Die Zusammen-setzung der städtischen Körperschaften wechselt, da ist ja der Standpunkt in der Schulfrage auch ein wechselnder. Es ist also doch besser, daß die Entscheidung in der ministeriellen Centralinstanz ruht, welche sich an eine feste Tradition hält. Was die Zuständigkeit des Ministers anlangt, so ist mir unbegreiflich, wie ein Mann wie der Hr. Abg. Gneist, vor dessen Kenntnissen ich die höchste Achtung habe, zu dessen Füssen ich vor 30 Jahren gesessen habe, diese bezweifeln konnte. Ja in dem Buche „Der Rechtsstaat“ von R. Gneist ist das sogar eingehend auseinandergesetzt und begründet. (Heiterkeit.) Also daß ich competent war, ist zweifellos. Das punctum saliens der vorliegenden Frage liegt aber, wie ich anerkenne, darin, ob die Organisation der Schulen bereits so weit vorgeschritten war, daß mein Rescript rück-sichtslos einen Schaden der Commune herbeiführen mußte. Der elbinger Magistrat war durch die däniziger Regierung in dem Glauben erhalten worden, daß die Simultan-schule am 1. Oct. eröffnet werden dürfe. Aber dadurch hatte die Stadt doch kein jus quaesitum erworben.

Als gegen die Simultanisierung aus der Stadt Ver-schwerden eingingen, forderte der Minister Bericht von der Regierung, die Regierung theilte das der Stadtverwaltung mit. Der Magistrat wußte also doch, daß der Minister sich die Entscheidung bis nach Eingehen des Berichtes vorbehalten. Am peinlichsten berührte mich der Vorwurf der Rücksichtslosigkeit und Schroffheit. Immer in meiner laugen Amtsführung war ich bemüht, jede Schroffheit zu vermeiden. Daß die Inhibirung der Eröffnung aus telegraphischem Wege erfolgte, lag daran, daß mir leider der Bericht über die Sachlage erst im letzten Augenblicke zugeht. Schwerwiegend waren auch die Gründe, welche mir von seiten der protestirenden Hausväter vorgebracht wurden. Im übrigen habe ich mich bei meiner Entscheidung genau an die Tradition gehalten, die von meinem Amtsvorgänger in analogen Fällen in Pirschberg und Köln befolgt worden ist. Ganz unberechtigt ist auch der Vorwurf, der mir gemacht

worden ist, daß wesentliche Interessen der Stadt Elbing durch mein Rescript verletzt worden seien. Kein finanzieller Schaden erwächst der Stadt. Die bisherigen Schulräume waren unzureichend, Neubauten also dringend erforderlich, ob nun Simultan- oder confessionelle Schulen eingerichtet werden sollten. Wir leben in einer Zeit intensiver confessioneller Spaltung und da habe ich es für Pflicht der obersten Behörde gehalten, der confessionellen Minderheit beizustehen. Es ist unrichtig, wenn gesagt wird, daß die Simultanisierung den religiösen Frieden befördere. Man kann dabei nicht vorsichtig genug zu Werke gehen. Sie werden es demnach nur natürlich finden, wenn ich Sie bitte, dem Commissionsantrage zuzustimmen, den Antrag Gneist abzulehnen. Ich bitte Sie, so zu urtheilen, daß im Lande die Nothwendigkeit der Erhaltung der christlichen confessionellen Volksschule zum vollen und erleuchteten Verständnisse komme. (Lebhafter Beifall rechts; Zischen links.)

Abg. Dr. Brädel:
 Die Grundsätze des Abg. Dr. Gneist sind richtig, aber die Anwendung, welche er von ihnen macht, kann ich nicht billigen. Ich habe mich aber überhaupt gewundert, daß der geehrte Herr sich noch zum Worte gemeldet hat, da ja seine Rede eigentlich bereits vorher unter dem Titel „Separatvotum des Correferenten“ hinter dem Berichte der Commission gedruckt angefügt wurde. Dadurch hat er eigentlich einen großen Vorprung gewonnen, welcher freilich auf unserer Seite durch die Güte der Sache ausgeglichen wird. Es ist unbefreitbar, daß der religiöse Unterricht die Basis jedes Unterrichts, besonders in der Volksschule, sein muß. Confectionell aber muß die Volksschule schon darum sein, damit, je nachdem es nöthig ist, das, was die eine oder die andere Confession verlegen könnte, im Unterrichte fortgelassen wird. Unter Preussisches Landrecht kennt nur eine confessionelle Volksschule. Wer das höchste Gewicht darauf legt, daß unser Volk in nationaler und sittlicher Beziehung weiter komme, der muß die Pflege der Religion in der Schule seine Hauptforge sein lassen; der muß für den Confessionalismus eintreten. (Sehr richtig! rechts.) Nur der Anschlag der Religion an den Unterricht in den Volksschulen wird unser Volk mit den Grundwahrheiten des Christenthums in dauernder Verbindung halten. Die Volksschule hat nichts von Idealism, wenn ihr die Religion genommen wird. (Sehr wahr! rechts.) Was wir verlangen, ist, daß man den confessionellen Charakter der Volksschule unangetastet lasse und die Simultanisierung nur da vornehme, wo es dringend geboten ist.

Abg. Dr. Birchow:
 Ich bin nicht im Besitze eines so sorgfältig ausgearbeiteten Manuscripts wie der Herr Vorredner, Sie werden daher von mir nicht solche Bitterkeiten hören, wie sie der Herr Vorredner hier vorgebracht hat. (Oh! rechts und im Centrum.) Ich werde mich streng an die Sache halten, der Minister hat heute zwar sich auf den Standpunkt seines Vorgängers gestellt, er ist aber nicht durchgängig diesem Standpunkte treu geblieben. In einer Gemeinde, welche wesentlich gemischte Bestandtheile enthält, ist eine Simultan-schule ein Fortschritt. Es ist von jener Seite (nach der rechten hinweisend) belächelt worden, daß es eine Verbesserung ist, wenn die Kinder nicht mehr so weit zur Schule zu gehen haben. Aber selbst die abgeklärtesten Elemente unter Ihnen (Heiterkeit) werden doch nicht leugnen, daß dies jedenfalls ein vortheilhafter Zustand ist. Und dieser Zustand wird durch Simultan-schulen, welche im Centrum der Stadt angelegt werden, entschieden herbeigeführt. Uebrigens ist ja auch die Simultan-schule nicht die confessionellose Schule. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Sie ist im eigentlichen Sinne eine doppeltconfessionelle Schule. (Heiterkeit.)

In Elbing baute der Magistrat ein Schulhaus, das viel größer ist, als für den factischen Zustand nöthig war. Die elbinger Commune glaubte sich im vollen Einvernehmen mit der Regierung, und mit Recht. Auf nach-trägliche Beschwerden kann man sich dem gegenüber doch nicht berufen. Eine solche Intervention, die sehr leicht zu beschaffen ist, kann doch unmöglich etwas schon Fertiges wieder unfertig machen. Man könnte einwenden, daß der Culturkampf bei dieser Sache mitgespielt habe. Aber in seiner eigentlichen Gestalt tritt er in den bezüglichen Verhandlungen nur bis zum Jahre 1876 hervor. Jetzt ist derselbe indessen völlig zurückgetreten und unter den Unter-schreibern der Petition selbst befinden sich viele Männer römisch-katholischer Confession. (Hört!) Allerdings scheint mir die rechte Seite dieses Hauses mit Rom wieder Fühlung erlangen und da wieder anknüpfen zu wollen, wo das Band losgegangen ist. (Große Heiterkeit.) Um den Unterschied zwischen Christenthum und Confessionalismus handelt es sich. Das Christenthum gebietet auch ohne Einmischung der Kirche. Wo aber der Confessionalismus sein Haupt erhebt durch die Unterstützung der Kirche, da kann es sehr leicht kommen, daß die Confessionen auseinander-plagen, und Hr. Abg. Brädel wird mir zugestehen, daß bei solchen Gelegenheiten die Menschen am meisten ihre Bestimm-natur zeigen. (Heiterkeit.) Wo die Kirche eingeschränkt wird durch den Staat, da rebellirt sie. Das sehen Sie an Belgien. (Zurufe: Elbing!) Das kann unser Klerus auch, allerdings wird er es nicht thun, wenn man ihr so vor-arbeitet wie dies hier geschieht. Der Herr Vorredner hat auf den erzieherischen Charakter der Religion hingewiesen. Was verstehen Sie aber unter Erziehung? Das bloße Auswendiglernen? Die mystische Religion hat überhaupt nichts Erzieherisches an sich. (Unruhe rechts und im Centrum.) Die Ethik kann auch ohne Religion gelehrt werden. Wir wollen keinen Eingriff in das, was der Kirche zusteht. Aber die Uebergänge der Kirche auf das Gebiet des Schulwesens wollen wir mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wenn Sie auch jetzt die Mehrheit haben —, eine Zeit wird kommen, wo die freireligiösen Strömungen wieder werden die Ueberhand gewinnen. (Lebhafter Beifall links; Zischen rechts.)

Abg. Stöcker:
 Der Fall Elbing bedeutet ein Princip, und dieses Princip bedeutet eine Weltanschauung. Das hat soeben der Hr. Birchow bewiesen, er hat das Wort Culturkampf erkunden, heute hat er ihn geißelt und zwar gegen das ganze Christenthum. Um das Wohl und Wehe unserm ganzen Volkes handelt es sich, auf unserer Fahne steht „Christliche Erziehung“, auf der Fahne der Gegner steht „Simultan-schule“. Der Redner hat gesagt: aus pädagogischen Gründen, aber die sich um ihn gruppieren, sagen: aus Princip, aus Humanismus. Eins trat der Redner mit Worten, für die ihm

Deutsches Reich.

Jeder dankte, dem Uebermaß der Verfassung entgegen. Warum will er in der Volksschule die Religion durch den Volkunterricht erlernt wissen? In allen Gebieten, wo man zu Hause ist, ist man confessorial, wo man nicht versteht, da läßt man alles wild brunter und drüber gehen. Dr. Birchow sprach von doppeltem Confessorialismus in der Simultanschule, das ist eine Halbheit, die am besten schon unser ferndeutscher Arndt verurtheilt hat. Er sprach dann der mythischen Religion den erziehlischen Charakter ab. Meine Herren! Die Religion lehrt den Glauben an die Unsterblichkeit und an die Vergeltung, ist das kein erziehlisches Princip? Nehmen Sie unserm Volke diesen Glauben, was bleibt ihm dann noch? Wenn uns Abg. Birchow von der Irreligiosität soeben ein lebendes Beispiel gegeben hat, wie wir es gesehen haben, dann ist es die höchste Zeit, daß dem Umwesen der Simultanschulen ein Ende gemacht wird, um weiteren schlimmen Folgen vorzubeugen. Das werden uns viele Dank wissen.

Die vorliegende sänger Angelegenheit anlangend, so war die Position des Magistrats zuerst scharfer Angriff, dann schüchtere Defensiv und jetzt Kampf für eine im voraus verlorene Sache. Was heißt eigentlich: Einführung von Simultanschulen? Toleranz auf intolerante Weise einführen. Ich erinnere an das Wort Wellington's: Bildung ohne Erziehung macht nur Schaumteufel. (Heiterkeit und Beifall rechts.) Man führt so oft das Wort des großen Friedrich im Munde: „Jeder soll in meinem Lande nach seiner Façon selig werden.“ Aber auch dieses Wort spricht durchaus nur für die confessionelle Schule. Denn als in einer sächsischen Stadt mit überwiegend katholischer Bevölkerung die Kinder evangelischer Soldaten zum Besuch der katholischen Schule genöthigt werden sollten, da verbot er dies und schrieb: „Bei uns müssen alle Religionen tolerirt und jeder nach seiner Façon selig werden.“ Ich frage: werden katholische oder evangelische Aeltern ihre Kinder nicht lieber in eine confessionelle als in eine Simultanschule schicken, in welcher der Geist herrscht, wie ihn der Dr. Abg. Birchow bezeichnet hat? Es ist ein Kampf um eine wertvolle Sache. Die Gemeinden sind, Gott sei Dank, nicht so autonom, daß sie die Einmischung des Staates ablehnen dürfen. Der Abg. Gueiß, welcher sich zum Vertheidiger des Eibings aufgeworfen hat, stützt sich dabei auf eine Geschichtsconstruction, welche er selbst gemacht hat. (Beifall.) Niemand hätte der Staat den Schulzwang gegen die aufbrausende Volkmeinung ohne die Berücksichtigung des confessionellen Charakters durchzuführen können. In den Schulordnungen Friedrich Wilhelm's I. und Friedrich's des Großen hat das kirchliche, religiöse Element das Uebergewicht gehabt. Allerdings tritt zu Anfang dieses Jahrhunderts die Simultanschule schlechter hervor. Eine Cabinetsordre Friedrich Wilhelm's III. hebt ausdrücklich hervor, daß sie den Indifferentismus befördere.

Ein Gesetz, welches diese Verhältnisse ordnet, gibt es auch jetzt nicht. Und darin liegt die weite Competenz gegründet, innerhalb deren der Herr Minister zu verfahren berechtigt ist. Es war die höchste Zeit, einzugreifen und der weiteren Simultanisirung entgegenzutreten. Mehr als 160000 Kinder besuchen bereits solche Schulen. Das hat nicht nur mich, sondern auch die Anhänger der Mittelpartei erschreckt, welche diese Einschüchtlung der Confessionschulen bedauern und für verhängnisvoll erklärten. Ich gebe zu, daß Simultanschulen nöthig sein können, bin ich absoluter Gegner derselben; ich war selbst Director einer solchen; einer höheren Mädchenschule in Weh, und es war eine schöne Zeit für mich. Aber dort war es notwendig, und wo die Simultanisirung nicht dringend erforderlich ist, soll sie unterbleiben. Es sind aber leider Fälle vorgekommen, wo man den Gemeinden die Staatszuschüsse zu entziehen drohte, wenn sie nicht Simultanschulen errichten wollten. Das darf nimmermehr wieder vorkommen.

Kedner führt unter anderem als Beispiele die Städte Gleiwitz und Hörde an, wo gegen den Willen der Bürger Simultanisirt worden sei. In Berlin sei es bei der 76. und 79. Gemeindeschule vorgekommen, daß ein Israelit christlichen Religionsunterricht gegeben habe; als der Hauptlehrer darauf aufmerksam gemacht wurde, bemerkte er, daß er nicht gewohnt, daß eine jüdische Lehrkraft an seiner Schule wirke, und schließlich meinte er, es thue nichts, er habe ja nur im Alten Testament unterrichtet. Auch daß evangelische Inspectoren für katholische Schulen und umgekehrt ernannt werden, ist bedauerlich. Man hat in Bezirksvereinen hier gesagt, die Schulinspectoren seien dazu da, der evangelischen und katholischen Orthodoxie die Sittzähne auszureißen. (Auf links: Sehr gut!) Ja wohl, meine Herren, aber um solcher Reben willen brauchen wir keine Schulinspectoren zu besolden. (Heiterkeit.) Sie treten mit Ihrer Gymnasialbildung an die Wirkthung der Volksschule heran, ohne mit den Elementarbegriffen genügend vertraut zu sein. (Beifall rechts.) Sie (zur Linken) haben einen Bildungsschwindel verursacht, an dessen Folgen wir alle laboriren. Welche Gründe haben solche exorbitanten Zustände? Man sagt finanzielle. Ich möchte aber dringend davor warnen, an diesem heiligen Punkt unsern Volkswesen Rücksichten der Sparsamkeit walten zu lassen.

Wie soll man es den Kindern zum Bewußtsein bringen, daß sie einer bestimmten, von andern verschiedenen Confession angehören, wenn sie schon auf dem Schulhause mit Kindern anderer Confessionen zusammenkommen? Man sagt, die Simultanschule beuge dem Relotismus vor. Es gibt aber nicht bloß Reloten der Religion, sondern auch Reloten des Fortschritts, und die sind auch gefährlich. (Lebhafte Beifall.) Es ist das erziehlische Princip der Religion bestritten worden. Aber gerade aus pädagogischen Rücksichten bin ich gegen die Simultanschule. Sie hebt das Band auf, welches zwischen Schule und Haus bestehen soll und das nur durch die Vermittelung der Confession geknüpft werden kann. Man kann keine Geschichte, keine Geographie lehren, ohne auf die Confessionen Rücksicht zu nehmen. Die Kirche ist nicht an dem Widerspruch schuld, den Dr. Abg. Birchow zwischen Christenthum und Religion constatirt hat. Wir würden gern in Frieden leben, wenn Sie uns in Frieden ließen. (Beifall.) Kedner schließt mit den Worten: „Ich bitte Sie, über die Beschwerde der sänger Petenten zur Tagesordnung überzugehen. Die preussische Geschichte ist über die Simultanschule bereits zur Tagesordnung übergegangen.“ (Lebhafte Beifall im Centrum und auf der Rechten; Rufen links.)

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird die Fortsetzung der Debatte bis morgen 11 Uhr vertagt.

Die Provinzial-Correspondenz vom 17. Dec. berichtet aus Berlin: „Unser Kronprinz wird während des Weihnachtsfestes in Berlin verweilen. Die Rückkehr zu der hohen Gemahlin und den jüngern Kindern, welche den Curaufenthalt in Pegli mit erfreulicher Wirkung fortsetzen, ist für Ende Januar in Aussicht genommen.“

Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus Berlin vom 16. Dec.: „Ueber die Einzelheiten des bevorstehenden handelspolitischen Provisoriums mit Oesterreich ist Sicheres noch nicht bekannt. Man spricht von der Aufrechterhaltung des Appreturverfahrens, aber nicht in dessen ganzem bisherigen Umfange, von der Möglichkeit einer Art von Appretur Zoll. Aber das alles klingt ziemlich unbestimmt und bedarf, namentlich in Betreff des letztern Punktes, der Aufklärung.“

Die Volks-Zeitung schreibt: „Wie verlautet, soll die Reichsregierung gewillt sein, bei den durch das Fallissement des Hauses Godeffroy in Mitleidenschaft gezogenen Anlagen auf den Samoaineln finanziell zu interveniren, da hierbei deutsche Interessen stark engagirt sind. Die Nachricht bedarf jedenfalls der Bestätigung.“

Die von uns oft besprochene Maßregel einer „Wehrsteuer“, d. h. der Erhebung einer Geldabgabe von denjenigen Wehrpflichtigen, welche aus irgendeinem Grunde nicht wirklich dienen, ist jetzt auch vom Kleinen Journal in Betracht gezogen worden. Dasselbe äußert darüber:

1) Jeder Deutsche, welcher aus irgendeinem Grunde von Ableistung der persönlichen Wehrpflicht befreit ist, hat eine Kriegsabgabe, die „Wehrsteuer“, zu entrichten. Die Höhe derselben müßte natürlich bedeutend höher gegriffen werden, als dies früher in Baiern und Württemberg, jetzt in der Schweiz und später in Oesterreich und Ungarn der Fall sein wird. (In Oesterreich und in Ungarn ist eine während der gesetzlichen Dienstjahre von den Befreiten zu zahlende Abgabe von jährlich 3—100 fl. in Aussicht genommen; der Minimalsatz entspricht etwa dem Lohnverlust, den in Preußen durchschnittlich der Reservist infolge der Theilnahme an den Controlversammlungen erleidet, den Maximalsatz werden nur wenige Höchstbesessene zu zahlen haben. Die Sätze erscheinen also in der That sehr niedrig gegriffen. D. Red.) Die mit den geringsten Einkommensbeträgen dotirten letzten Klassen, die von aller Klassensteuer befreit sind, müßten analog daher auch nicht zur Ausbringung eines Wehrgeldes angehalten werden können, der Millionär aber, der aus irgendeinem der vielen möglichen Gründe dauernd untauglich zum Wehrdienste ist, müßte auch seiner Einschätzung zur Einkommensteuer gemäß seine Wehrsteuer zahlen. 2) Die Wehrsteuer wird von jedem so lange erhoben, als seine Jahressklasse präsent ist, also in der Regel auf die Dauer von drei Jahren; bei Mobilmachungen ist die Regierung befugt, die Abgabe noch weiter von allen denjenigen zu erheben, deren Altersklasse zur Augmentation des Decrees einberufen worden ist, und wird im Falle eines Krieges die Wehrsteuer auf den doppelten Betrag erhöht. Von der Abgabe des Wehrgeldes sind befreit: 1) die augenscheinlich Unbrauchbaren (Krüppel) und diejenigen, welche infolge von Krankheiten oder Gebrechen erwerbsunfähig sind und kein ausreichendes Vermögen besitzen, oder im Genusse öffentlicher Armenunterstützungen stehen. 2) Diejenigen, welche infolge von Dienstbeschädigung aus dem activen Dienste entlassen sind und in ihrem bürgerlichen Erwerb beschränkt sind, und 3) müßte diese Abgabe aufhören, wenn der Betreffende infolge einer Mobilmachung zu den Fahnen berufen wird; ebenso würde denjenigen, welche nachträglich zum dreijährigen Dienste eingezogen werden, die schon eingezahlte Wehrsteuer zurückerstattet. ... Bei einer Kopfstärke von 401650 Mann der deutschen Friedensarmee würden sich ungefähr jährlich 1 1/2 Mill. Personal-Wehrsteuerzahler ergeben; nähme man für diese 1 1/2 Mill., die in Wirklichkeit sich wahrscheinlich auf 3 und noch mehr Millionen belaufen würden, bei einem Minimalbetrage von vielleicht 6 M. jährlich einen ebenfalls sehr mäßig berechneten Durchschnittssatz von 20 M. pro Jahr und Mann an, so würde die Personal-Wehrsteuer nach diesem äußerst niedrig bemessenen Anschlage einen Ertrag von 30 Mill. M. ergeben, während sich diese Beträge in der Praxis jedenfalls verdoppeln und verdreifachen würden. Diese Summe würde nicht allein zur Deckung der Wehrforderungen der Militärverwaltung ausreichen, sondern auch einen Fonds zur Zahlung von Zulagen an Unteroffiziere während ihrer Dienstzeit und an hilflosbedürftige Witwen und Waisen von Offizieren und Mannschaften des stehenden Heeres, der Marine oder Landwehr, welche vor dem Feinde gefallen oder infolge von Wunden oder Kriegstraumata gestorben sind, gewähren. Es erscheint unwahrscheinlich, daß die Reichsregierung jetzt bereits der Einführung einer derartigen Steuer näher getreten ist, doch scheint unsere Militärverwaltung, wie wir bestimmt zu wissen glauben, durchaus nicht gegen eine Personal-Wehrsteuer zu sein, und sind wir überzeugt, daß uns die Zukunft jedenfalls diese Steuer noch einmal bringen wird, da sie gerechter und logischer ist wie viele andere!

Preußen. Die Organe der extremen Orthodoxie fangen bereits an, eine Sprache zu führen, in der eine unverkennbare Unzufriedenheit mit dem „viel zu maßvollen“ Auftreten des Cultusministers sich kundgibt. So schreibt die Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchen-Zeitung in ihrer jüngsten Wochenschau:

Wenn Dr. v. Puttkamer den festen Boden des Princips verläßt, den er bis jetzt einzunehmen scheint, um sich auf den beliebtesten Standpunkt der Opportunität von „Fall zu Fall“ zu begeben, so wird er die Freunde bald genug verlieren, die ihm heute noch zur Seite stehen, ohne die Segner zu gewinnen, die ihm das Vergangene nimmermehr vergehen werden. Um so weniger kann das ausbleiben,

als sich auch sonst eine Unsicherheit in dem Verfahren des Ministers kundzugeben beginnt, die nach der einen Seite Anstoß gibt, ohne nach der andern zu befriedigen. Wenn Dr. v. Puttkamer so fortfährt, wie er in letzterer Zeit gethan, so läßt sich der Augenblick voraussehen, wo die Schuld der Ultramontanen ein Ende hat! Und alsdann wird sich der Minister in einer ähleren Lage befinden als Dr. Falk, der in seiner Art einen festen Standpunkt hatte und seinem Willen, so verkehrt er war, immer einen kräftigen Ausdruck zu geben wußte. Dr. v. Puttkamer scheint für den Posten, den er übernommen, von zu weichen Naturell. Das Herz ist in ihm oft mächtiger als die Politik; dann sucht er mit dem Verstande gut zu machen, was das Gefühl verflüchtigt hat, und geräth auf diese Weise in Halbheiten, die dem leitenden Staatsmanne zuletzt nicht besser gefallen werden als andern Leuten. Vielleicht kommt das sogar recht bald. Seit Fürst Bismarck weiß, daß er das Centrum für seine Eisenbahnpläne nicht nöthig hat, scheint er auch den Schein der Zuverlässigkeit gegen die Verbündeten des Sommers für überflüssig zu halten. Vielleicht ist die Abweisung der meferischen Petenten als das erste Anzeichen einer neuen Wendung nach der Falk'schen Seite hin zu betrachten, was zwar keineswegs die persönliche Reactionierung des letztern zu bedeuten braucht, aber auch nicht geeignet wäre, die Stellung des Dr. v. Puttkamer zu befestigen.

Die Neue Frankfurter Presse berichtet aus Frankfurt a. M. vom 16. Dec.: „In heutiger nichtöffentlicher Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde in erster Linie Oberbürgermeister Miquel von Dona-brück mit 42 (4 weiße Zettel) und in zweiter und dritter die Herren Hamburger und Dr. Humser mit je 46 Stimmen zur Präsentation für den Oberbürgermeisterposten gewählt.“ Eine zweite Mittheilung desselben Blattes berichtet: „In der gestrigen nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordneten ist Oberbürgermeister Miquel abermals zum ersten Bürgermeisterposten erwählt worden. Von den anwesenden 46 Stimmen erhielt Dr. Miquel 42.“

Zum Rothstand in Oberschlesien berichtet die Meißner Zeitung, im Meißner Kreistage habe Dr. mod. Dahn - Ziegenbalg mitgetheilt, es gebe auch im eigenen Kreise Roth und Elend; er könne Familien nachweisen, die das ganze Jahr kein Fleisch, sondern nur Kartoffeln, Brot und Salz zu essen, die weder Schuhe noch sonstige Kleidung hätten. Er wolle nicht direct behaupten, daß Erwachsene, wohl aber könne er versichern, daß Kinder an Hungertode gestorben seien. Kreisdeputirter Pohl bemerkte, der Rothstand sei voranzuzusehen gewesen. Auch hier habe sich wieder die traurige Thatsache herausgestellt, daß die Hülfe zu spät gekommen. Es seien bereits notorisch Menschen an Hungertode gestorben. Eine Hülfe sei nichts, wenn sie nicht sofort komme.

Aus Gashowitz, Kreis Rybnitz, schreibt der dortige Lehrer: ... Der größte Theil der hiesigen Einwohner muß mit Lebensmitteln unterflügt werden. In den meisten Familien wird nur einmal gegessen. Kartoffeln sind schon lange nicht mehr vorhanden. In den vier zum hiesigen Schulbezirk gehörenden Gemeinden befindet sich nicht ein einziger Bauergutsbesitzer. Der größte Theil der Kinder hat einen dreiviertelstündigen Weg zur Schule. Die Aeltern würden die Kinder gern schicken, wenn sie nur Kleider für dieselben hätten. Die Schule wird infolge des Mangels an Kleidung sehr schlecht besucht. ... Wird nicht Hülfe, baldige Hülfe geschafft, so müssen hier viele Familien verhungern!“

Oesterreich - Ungarn.

Die Neue Freie Presse bespricht das Project einer Aenderung der Sitzungsperioden des Deutschen Reichstages und sagt dabei unter anderem: Daran, daß die geplante Verfassungsänderung in Deutschland nicht zu Stande komme, müßte sich, weil sie den reactionären Bestrebungen im allgemeinen Vorschub leisten würde, nicht bloß für das deutsche Volk, sondern auch für uns Oesterreicher ein eminentes Interesse. Ja für uns fast ein eminenteres als für unsere liberalen Stammesgenossen im Deutschen Reich. Unsere Reactionäre würden es zweifellos sehr eilig haben, das Beispiel im Nachbarhause zur Nachahmung zu empfehlen, und bei der Complication unserer parlamentarischen Apparats, bei der Vielheit unserer Vertretungskörper, des Reichsrathes, der Delegationen, der Landtage, wird sich ja jene anscheinend harmlose Motivierung, die in Deutschland beliebt wird, mit dem nämlichen Rechte verwenden lassen, um dem Constitutionalismus einen Theil seiner Lebenskraft zu ecomotiren. Aber tiefer noch als Deutschland würde unser Staat getroffen und beschädigt werden, falls unserer Volksvertretung das Budgetrecht, das Recht der Controle über die Finanzgebarung, verkürzt würde. Denn in Deutschland ist die musterhafte Verwaltung der Staatsfinanzen etwas Stabiles, und sie würde im Gemiffe des allgemeinen Vertrauens bleiben, auch wenn die kontinuierliche Beaufsichtigung und Prüfung durch das Parlament erschwert und unterbrochen wäre. Bei uns ist leider erfahrungsmäßig jeder Wechsel der Regierung auch ein Wechsel des Finanzsystems; bei uns ist der Träger des Vertrauens das Parlament und die Bürgerschaft unseres Credits ist die parlamentarische Controle. Müßte man an diese, so träte als unmittelbare Folge eine tiefe Schädigung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Lebens ein.

Das ist ein bemerkenswerthes Eingeständniß des großen wiener Blattes, welches sonst so gern die politischen Zustände Deutschlands so sehr grau in grau malt. Wir denken übrigens: in dieser Frage wird der Deutsche Reichstag die Hoffnung, welche die Neue Freie Presse auf ihn setzt, nicht täuschen.

Der (telegraphisch gemeldete) Antrag des Legiti-

mations-netenhan v. Oen zahlreichen von Ein Vertreter

Die Das O Kreisen di Vermögen Vermögen Mit Dr. E bete er e nebit, S Betrieb d verbindun der Glasf tung diese welcher E weiter hat (160000 B Buchersch welche Dr. mögen an Grunde. u um Dr. v den Pfänd bestit der erworben i und alaben mal genug verhängte. Mangel an

* Part Angers, enlant ten einmal sei macht:

Herr D soeben den ausdruck de Augenblick sprechen, b daß Sie d halten, sech schen Paßo einer nach tehanischen horium, j Sie Ihre d den Cultus Uebergebun In einem r reicherten O leich nicht trauen Sie 3 katholisch Schwestern die Borgel seite. Mich die zur Ge gemacht hat. Tragweite i darauf besch protestiren, den Kathol Schmach ist

Währe weiß das Ruhe, int abgegebener

Art. 1. durch die K betreffend di baasilien a Notre-Dame schuldig gem der Culte for den, jeder Decrets bea nehmen ist.

Ueber barkeit d dent der s

Die fran ausgeprägten einem antire hauptfächlic den in derse ist es nur z sigen Richter Unabsehbar gegen die R nement, in i zu tragen. eine Wendenr vonbigkeit a Achtung vor Aber es di Mittel der R Regierung i rigen Lage, der Unabseh mehr mit R wirksamere W tanstrung v gesamteten r lich einstim ändern: „E des Respects Principien b Gewalten ob

mations- (Wahlprüfungs-) Ausschusses des Abgeordnetenhauses auf Annullirung der Wahl des Abg. v. Dfenheim stützt sich auf die amtlich constatirten zahlreichen und äußerst groben Versuche zum Kaufe von Stimmen, welche dabei seitens der Freunde und Vertreter des Hrn. v. Dfenheim stattgefunden haben.

Die „Presse“ schreibt aus Wien vom 16. Dec.: Das Geschick des Professors v. Stein ruft in allen Kreisen die lebhafteste Theilnahme hervor. Stein besaß ein Vermögen von einer halben Million und hatte fast das ganze Vermögen in Unternehmungen angelegt, die schiefgingen. Mit Dr. Benedikt, der seither in Irrenn verfallen ist, gründete er eine öffentliche Gesellschaft unter der Firma „Benedikt, Steffens u. Comp.“. Diese Firma übernahm den Betrieb der Kärntner Glasfabrik und stand in Geschäftsverbindung mit der salzburger Lössmoorgesellschaft und mit der Glasfabrik in Suhrmors bei Salzburg. Die Einrichtung dieser letztern Fabrik allein kostete 700000 fl., an welcher Summe Stein mit 230000 fl. theilhaftig war. Weiter hat Dr. v. Stein das Bad Löffler mit großen Kosten (150000 fl.) gegründet und noch weitere Verluste durch Bucherschulden eines Procuristen der Firma erlitten, für welche Dr. v. Stein mit haftbar war. Sein ganzes Vermögen und das seiner Kinder ging auf diese Weise zu Grunde. Bucherer der schlimmsten Sorte thaten das Ubrige, um Hrn. v. Stein's Lage noch zu verschlimmern. Es wurden Pfändungen und Executionen vorgenommen, und heute besitzt der Gelehrte, der sich ein so bedeutendes Vermögen erworben und der in manchem Jahre durch seine literarische und akademische Thätigkeit 30000 fl. verdiente, nicht einmal genug zum täglichen Leben. Der über Professor v. Stein verhängte Concurat wird in den nächsten Tagen wegen Mangel an Activen wieder aufgehoben werden.

Frankreich.

Paris, 16. Dec. Hr. Freppel, Bischof von Angers, wegen seiner bekannten Händelsucht ein enfant terrible für den Kultusminister, hat wieder einmal seinem Herzen mit folgendem Protest Luft gemacht:

Herr Minister! In den Blättern von Angers lese ich soeben den Erlaß, in welchem Sie den neuen Verwaltungsausschuß der städtischen Hospitäler einsehen, und will Ihnen Augenblick schenken, Ihnen den peinlichen Eindruck auszusprechen, den dieser Act auf mich geübt hat. Nicht genug, daß Sie die Mitglieder der katholischen Geistlichkeit fern halten, setzen Sie an die Spitze Ihrer Liste den protestantischen Pastor. In einer Stadt von 60000 Katholiken und einer nach der amtlichen Zählung ganz unbedeutenden protestantischen Minorität, für die es nicht einmal ein Consistorium, sondern nur einen Presbyterialrath gibt, lenken Sie Ihre Wahl gerade auf den Geistlichen des abweichenden Cultus und lassen ihn die Religion im Ausschluß mit Uebergehung von zehn katholischen Pfarren repräsentieren. In einem von Katholiken gegründeten, ausgestatteten, bereicherten Hospital, welches in seiner ganzen Geschichte vielleicht nicht eine einzige protestantische Stiftung zählt, vertragen Sie das Amt eines Administrators im Angesicht von 3 katholischen Aemtern und 60 katholischen Barmherzigen Schwestern dem protestantischen Geistlichen an und lassen die Vorgesetzten der 10 katholischen Pfarren der Stadt beiseite. Mehr brauche ich über eine Maßregel nicht zu sagen, die zur Genüge selbst spricht. Das Aussehen, welches sie gemacht hat, beweist mir, daß alle Welt ihren Sinn und ihre Tragweite begreifen wird. Ich für meinen Theil muß mich darauf beschränken, laut gegen einen unduldsamen Act zu protestieren, der in meinen Augen eine der Geistlichkeit und den Katholiken der Stadt und Diocese Angers zugesügte Schmach ist. Ich habe die Ehre etc.

Während dieser Protest veröffentlicht wird, verweist das Journal officiel einen andern Bischof zur Ruhe, indem es auf Grund des vom Staatsrath abgegebenen Gutachtens folgendes Decret publicirt:

Art. 1. Der Bischof von Grenoble, Dr. Fava, hat sich durch die Art, wie er die Verfügungen der Römischen Curie betreffend die Erhebung der Kirche von La Salette zu einer basilica minor und die Anordnung des Standbildes von Notre-Dame de la Salette ausführte, eines Mißbrauchs schuldig gemacht. Art. 2. Der Minister des Innern und der Culte sowie der Siegelbewahrer und Justizminister werden, jeder für seinen Theil, mit der Vollstreckung dieses Decrets beauftragt, welches in die Gesetzsammlung aufzunehmen ist.

Ueber den Gesetzentwurf betreffend die Absehbarkheit der Richter bemerkt ein pariser Correspondent der „Post“:

Die französische Magistratur, von einem außerordentlich ausgeprägten esprit de corps besetzt, ist durchweg von einem antirepublikanischen Geiste beherrscht. Monarchische, hauptsächlich bonapartistische, und kirchliche Gesinnungen bilden in derselben das überwiegende Element, und freilich ist es nur zu wahr, daß bei vielen Gelegenheiten die hiesigen Richter sich nicht scheuten, unter dem Schutze ihrer Unabsehbarkeit unvorholbar ihre Abneigung und Feindschaft gegen die Republik und gegen das republikanische Gouvernement, in dessen Namen sie doch Recht sprechen, zur Schau zu tragen. Hierin liegt unbedingt etwas Unzuträgliches; eine Wenderung dieses Zustandes drängt sich als eine Nothwendigkeit auch denen auf, welche die äußerste Rücksicht und Achtung vor der Hoheit der Justiz und deren Träger hegen. Aber es dürfte sich dennoch fragen, ob es kein anderes Mittel der Abhilfe gäbe als diese radicale Maßregel. Die Regierung ist dem gegenüber jetzt in einer überaus schwierigen Lage, und wenn es ihr gelingen soll, das Princip der Unabsehbarkeit zu retten, so muß sie jedenfalls nunmehr mit Reformplänen hervortreten, welche in ausreichend wirksamer Weise das Verlangen der Linken nach Republikanisirung der Magistratur befriedigen. Die Sprache der gesammten republikanischen Presse ist in diesem Punkte ziemlich einstimmtig. Die République française schreibt unter anderm: „Ein Gouvernement, welches unter dem Vorwand des Respects vor, wir wissen nicht welchen, angeblichen Principien duldet, daß Magistrate, eingesetzt durch Gewalt ohne Recht, seiner Politik und seiner legitimen

und regelmäßigen Action Schach böten; ein Gouvernement, welches nach dem kostspieligen und mühevollen Hinwegsetzen der moralischen Ordnung und des Kaiserreiches das Geißel der Creaturen dieses verabsichteten Régime ertragen würde, würde schnell Gefahr laufen, seine Autorität, von der es selbst nicht Gebrauch zu machen wagt, sich beschränken zu sehen.“

Rußland.

Die berliner Volks-Zeitung berichtet: „Als die Nachricht von dem moskauer Attentat in Odesa bekannt wurde, versammelte der Generalgouverneur Graf Tolstoj die Offiziere der Garnison und hielt eine Ansprache an sie, indem er sich über den Geist der Kameradschaft und des gegenseitigen Vertrauens, der in der russischen Armee herrsche, lobend aussprach, dann aber betonte, dieser Geist dürfe nicht so weit gehen, daß möglicherweise vorhandene staatsgefährliche Bestrebungen unbeachtet blieben; er fordere daher, da er nicht von allem persönlich unterrichtet sein könne, die Offiziere auf, sich gegenseitig zu überwachen und ihm von jedem Vorkommniß politischer Art Kenntniß zu geben. Zu gleicher Zeit beschied der Civilgouverneur Panjutin sämmtliche odesaer Journalisten zu sich und erklärte ihnen, sie seien eigentlich alle sammt und sonders Schurken und Landesverräther, er wolle sie aber noch einmal ernstlich ermahnen, in Zukunft einen größern Patriotismus zu betätigen — sonst...“

Königreich Sachsen.

Vom Landtage.

Dresden, 16. Dec. In der heutigen Sitzung der II. Kammer finden ohne Debatte die auf die Finanzperiode 1880/81 eingestellten einzelnen Titel des Hauptstaatsarchivs mit 46310 M. und der Oberrechnungskammer mit 71200 M. per Jahr Genehmigung. In erstergenanntem Titel sind unter anderm 6000 M. jährlich für Herstellung einer Quellenammlung der ältern sächsischen Geschichte gefordert.

Ueber die von der Regierung für die Jahre 1880 und 1881 beabsichtigten Anlagen an den Staats-eisenbahnen referirte namens der Finanzdeputation Abg. Roth. Es handelt sich um 1) die Herstellung zweier Wagenrevisionschuppen nebst Zubehör auf dem Güterbahnhofe Dresden-Alstadt (233600 M.); 2) den Umbau des Bahnhofes in Prießwitz (93600 M.); 3) die Errichtung eines neuen Stationsgebäudes in Rauhof (60000 M. Forderung seitens der Regierung, während die Finanzdeputation die Verwilligung von nur 30000 M. empfiehlt); und 4) die Herstellung der Weiterführung des Radebeul-Oberläsener Communicationsweges in Radebeul (44000 M.).

Abg. Dehmichen rügt die ungenügende Bahnhofsanlage in Döbeln und hofft, daß seine Bemerkung die Vorlage eines Postulats zur Abhilfe des dargelegten Mangels für den nächsten Landtag zur Folge haben werde. Staatsminister v. Könniger erwidert, daß die Regierung bei dem gegenwärtigen Stande der Finanzen geglaubt habe, jede mögliche Einschränkung eintreten lassen zu müssen.

Genehmigt werden die oben unter 1, 2 und 4 gedachten Anlagen. Zu dem Project eines neuen Stationsgebäudes in Rauhof bemerkt Staatsminister v. Könniger, daß die Regierung nach der von der Deputation beantragten Abminderung der hierfür eingestellten Summe es vorgezogen hätte, ganz davon abzusehen. Lediglich die Rücksicht auf die Dringlichkeit des Baues veranlaßte die Regierung, die geringere Summe zu acceptieren, um wenigstens einigermaßen dem Bedürfnisse abzuhelfen.

Die Kammer beschließt, den Anträgen ihrer Deputation entsprechend, die für die unter 1, 2 und 4 gedachten Anlagen eingestellten Beträge sowie nur 30000 M. für Rauhof zu bewilligen.

Ferner finden die an Aufwand in allgemeinen Regierungssachen und Verwaltungsangelegenheiten für jedes der Jahre 1880 und 1881 eingestellten Zuschüsse von 88288 M. Genehmigung. Hierin sind unter anderm 54500 M. für die Bearbeitung der topographischen und zoologischen Specialkarte des Königreichs Sachsen sowie 12500 M. für die europäische Gradmessung.

Den letzten Gegenstand der heutigen Verathung bildet folgender Antrag des Abg. Dr. Heine und Genossen über Eisenbahntariffäge, dahin lautend:

Die Kammer wolle beschließen: 1. An die königliche Staatsregierung das Ersuchen zu richten:

1) eine möglichst übersichtliche Zusammenstellung der sämmtlichen auf den königlich sächsischen Staatsbahnen jetzt zur Anwendung kommenden Frachttarife mitzutheilen und dabei anzugeben, welche Kilometerätze und welche anderweite Factoren bei der Calculation und Anstellung der betreffenden Tariffattungen zu Grunde gelegt sind;

2) dabei auch thunlichst anzugeben: a) inwieweit die Verwaltung der königlich sächsischen Staatsbahnen an diese Frachttarife und Expeditionsgebührenätze, beziehentlich auch an Nichterhebung der letztern durch bundesrätliche Anordnung oder Verträge gebunden ist, eventuell ob und wie letztere kündbar sind; b) auf welche Rechnungsaufstellung und Calculation die gegenwärtig für die Expeditionsgebühr in der Regel zur

Anwendung kommenden Einheitsätze sich gründen; namentlich also, welche einzelne Ausgabeposten man als Expeditionskosten bezeichnet, um zu den jetzt geltenden hohen Expeditionsgebührenätzen zu gelangen;

c) wie sich die einzelnen Frachttariffäge zu dem Aufwande verhalten, der durch die Beförderung der betreffenden Güterklassen auf den sächsischen Staatsbahnen entsteht, und inwieweit diese Tariffäge auch zur Verzinsung und Amortisation des angewendeten Anlagekapitals antheilig beizutragen geeignet sind, insbesondere auch

d) zu erläutern, wie man dazu gelangt ist, einerseits die jetzt geltenden anscheinend zu hohen Einheitsätze für die Expeditionsgebühr einzuführen und damit den auf geringe Entfernungen berechneten Güterverkehr anscheinend zum Nachtheil der Staatskasse von den Staatsbahnen ganz oder doch zu einem großen Theile wegzuwenden und andererseits durch anscheinend zu niedrig gegriffene Kilometer-Einheitsätze für große Entfernungen, namentlich auch für den Durchgangsverkehr Frachttäge zu schaffen, welche dem Aufwande für die Beförderung auf den Staatsbahnen entweder schon an sich nicht oder doch dann nicht entsprechen, wenn man einen verhältnißmäßigen Antheil an der Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals hinzurechnet oder welche wenigstens die Ansicht leicht entstehen lassen, als würden die königlich sächsischen Staatsbahnen für die Beförderung nichtsächsischer Güter unter billigeren Bedingungen zur Verfügung gestellt als die namentlich mit der vollen Expeditionsgebühr belegten sächsischen Güter gleicher Art.

Abg. Dr. Heine:

Er hoffe, daß die Regierung die vorliegenden Anträge wohlwollend aufnehmen möchte und daß dieselbe nicht etwas glaube, daß mit diesen Anträgen irgendwelcher Tadel gegen die höchsten Spitzen der Regierung ausgesprochen werden solle. Redner bemerkt ferner mit einer Anspielung auf die Freitags (an welchem Tage ein Theil der Abgeordneten sich bis zum Montag nach seinen Heimatsorten begibt) stattfindenden kurzen Sitzungen, daß er dem Präsidenten dankbar sei, daß derselbe seine (des Abg. Dr. Heine) Anträge nicht auf einen derartigen Tag zur Verathung gestellt habe, hofft auch, daß sein fernerweiter Antrag (Wiederherstellung der Silberwährung neben der Goldwährung durch ein Reichsgesetz) ebenso behandelt werden möge. Weiter bittet Abg. Dr. Heine den Abg. Kirbach, daß derselbe heute durch Antrag auf Schluß der Debatte dieselbe nicht abschneide. Wenn es sich um die Mindereinnahme von Millionen handle, welche durch Steuerzuschläge aufgebracht werden müssen, so könne man nicht mit einigen kurzen Redensarten darüber hinweggehen. Wenn 1872/73 an Ueberschüssen 10,300000 M. vorhanden gewesen und im gegenwärtigen Eisenbahnbudget ein Deficit von 10 Mill. M. bestesse, und man wolle sich angesichts dieser Thatfachen nicht die Mühe geben, die Ursachen dieser traurigen Verhältnisse möglichst zu ermitteln, so müßte gefragt werden, an welcher Stelle die Thätigkeit der Kammer eigentlich anfangen. Man erkläre die Verhältnisse einfach mit dem Hinweis auf die allgemeine Krise und daß Alle Verluste hätten. Dies wäre der allgemeine Replithau, mit dem man eine Sache verdecke, die aus ganz andern Gründen hervorgehe. Die Ermittlung der wahren Ursachen sei deshalb nothwendig. Die vorliegenden Anträge bezweckten eine größere Klarheit über die Tarifverhältnisse zu schaffen, sowie das, was nur im geheimen Schutze der Generaldirectionen ruhe, zur allgemeinen Kenntniß zu bringen, damit auch diejenigen, welche die Eisenbahnen benutzen und mit den Frachten Geschäfte machen müssen, auch einmal Einsicht in das Tarifwesen bekommen und damit bestehende Uebelstände beseitigt würden. Der Grund, daß überall Verlust und Deficit sich zeige, sei nicht der Replithau, sondern das Uebergewicht in der Gesetzgebung, welches die jetzigen Elemente über die nähernden Elemente gewonnen hätten und wodurch die ganzen erreichten Maßregeln durch die Majoritäten und durch die Vereinigungen dieser Majoritäten in den gesetzgebenden Gewalten entstanden wären. Hoffentlich würden dieselben einsehen, daß das nicht so fortgehen könne. Abg. Dr. Heine schließt damit, daß er sagt, er rede nicht deshalb, um den ihm an Verebamkeit und Geistesgaben überlegenen Herren eine Belehrung zu geben; er denke auch nicht, daß eine bessere Zukunft von den sächsischen und Störchen zu erwarten, dieselbe müsse vielmehr von dem Staate erwartet werden, welcher das mächtigste Interesse an dem Gedeihen des Volkes habe.

Abg. Kirbach widerlegt verschiedene von dem Vordredner im Eingange seiner Darstellung aufgestellte Behauptungen, indem er die Kritik des von der Kammer am letzten Freitag gefaßten Beschlusses über Schluß der Debatte zu der allgemeinen Vorberathung über den Heine'schen Antrag (die Wiederherstellung der Silberwährung betreffend) als eine ungerechtfertigte bezeichnet. Abg. Dr. Heine bezeichne immer mit dem Ausdruck „die Andern“ Leute, die nicht bloß irren, sondern die sich auch von egoistischen Interessen leiten ließen. Wenn er (Redner) am Freitag Schluß der Debatte beantragt hätte, so wäre dies im Auftrage eines Abgeordneten geschehen, welcher dies nicht hätte selbst thun können, weil er sich als Redner angemeldet hatte. Abg. Kirbach constatirt ferner, daß ihn der Vorwurf, durch seinen Antrag auf Schluß der Debatte die Freitagssitzung abzukürzen, um nur nach seinem Wohnorte zu kommen, nicht treffe, da er die folgenden Tage in Dresden geblieben sei.

Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Dr. Heine, welcher nicht zugibt, in der vom Abg. Kirbach aufgenommenen Weise gegen denselben gesprochen zu haben, erhält Vicepräsident Streit das Wort, um die Verweisung der Heine'schen Anträge an die Finanzdeputation zu beantragen.

Abg. Kirbach spricht betreffs dieser Anträge sich dahin aus, daß dieselben nur eine Auskunft von der Regierung verlangten, und daß deshalb eine Verweisung an die Finanzdeputation nicht nöthig sei. Ohne Unterlagen wäre die Kammer nicht im Stande zu urtheilen. Da nun keine Unterlagen vorhanden wären, könnten keine Vergleichen angestellt werden.

Leipziger Börse.

18. Dec.

Wechsel.

Table with exchange rates for various locations including Amsterdam, Brüssel, London, Paris, Warschau, and Wien.

Deutsche Fonds.

Table listing German bonds and securities such as Preuss. Anl. 1877, K.B. Rentenanl., and various municipal bonds.

Table listing various stocks and bonds, including Berlin-Görlitzer, Ost-Franco-Staats, and Eisenbahn-St.-Pr.-Actien.

Table listing Eisenbahn-St.-Pr.-Actien (Railway Preference Shares) for various companies like Altenburg-Zeitz and Chemnitz-Adorf.

Table listing Bank- u. Credit-Actien (Bank and Credit Shares) for institutions like Allg. D. Cr.-A., Berl.-Dtsch.-Ges., and others.

Table listing Industrielle Prioritäten u. Stamm-Prioritäten (Industrial Priorities and Shares) for companies like Chemn. A.-Spinnerei and Orelli.

Table listing Ausländische Fonds (Foreign Funds) including Oesterr. Goldrente, Silberrente, and various international bonds.

Table listing various international stocks and bonds, including London, Paris, and other foreign securities.

Table listing Eisenbahn-St.-Pr.-Actien (Railway Preference Shares) for companies like Magdeburg-Halberstädter and others.

Table listing Bank- u. Credit-Actien (Bank and Credit Shares) for institutions like Allg. D. Cr.-A., Berl.-Dtsch.-Ges., and others.

Table listing Industrielle Prioritäten u. Stamm-Prioritäten (Industrial Priorities and Shares) for companies like Chemn. A.-Spinnerei and Orelli.

Table listing Ausländische Fonds (Foreign Funds) including Oesterr. Goldrente, Silberrente, and various international bonds.

Table listing various international stocks and bonds, including London, Paris, and other foreign securities.

Table listing Eisenbahn-St.-Pr.-Actien (Railway Preference Shares) for companies like Magdeburg-Halberstädter and others.

Table listing Bank- u. Credit-Actien (Bank and Credit Shares) for institutions like Allg. D. Cr.-A., Berl.-Dtsch.-Ges., and others.

Table listing Industrielle Prioritäten u. Stamm-Prioritäten (Industrial Priorities and Shares) for companies like Chemn. A.-Spinnerei and Orelli.

Table listing Ausländische Fonds (Foreign Funds) including Oesterr. Goldrente, Silberrente, and various international bonds.

Table listing various international stocks and bonds, including London, Paris, and other foreign securities.

Table listing Eisenbahn-St.-Pr.-Actien (Railway Preference Shares) for companies like Magdeburg-Halberstädter and others.

Table listing Bank- u. Credit-Actien (Bank and Credit Shares) for institutions like Allg. D. Cr.-A., Berl.-Dtsch.-Ges., and others.

Table listing Industrielle Prioritäten u. Stamm-Prioritäten (Industrial Priorities and Shares) for companies like Chemn. A.-Spinnerei and Orelli.

Table listing Ausländische Fonds (Foreign Funds) including Oesterr. Goldrente, Silberrente, and various international bonds.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Freitag, 19. Dec. Gastdarstellung von Friedrich Haase, Hofkapell-Director und Ehrenmitglied des Königl. Hoftheaters in Dresden. Das Fräulein von Sciglière. Lustspiel in 4 Acten von Jules Sandeau. Marquis de la Sciglière, Herr Friedrich Haase; Destournelles, Herr Dr. August Förster. (341. Abonnements-Vorstellung.)

Altes Theater. Freitag, 19. Dec. Die Fledermaus. Operette in 3 Acten von Johann Strauß.

Aufgebotsverfahren.

Es sind folgende Urkunden und Wertpapiere:
 „die Aktien der Deutsch-Pennsylvanischen Kohlen-Bau-Gesellschaft zu Dessau Nr. 431 und 432 im Nennwerthe von je 500 Thlr., zuletzt dem Outbesitzer David Samberg zu Dinsdorf, jetzt dessen Erben gebörig“
 abhanden gekommen, und haben die Forderungsberechtigten und letzten Inhaber den Verlust und ihre Berechtigung glaubhaft gemacht und Kraftlosklärung beantragt.
 Den gestellten Anträgen ist stattgegeben und werden daher die etwaigen Inhaber der abhanden gekommenen Urkunden und Wertpapiere, sowie alle diejenigen, welche an denselben aus irgend welchem Rechtsgrunde Ansprüche zu haben vermeinen, oder deren etwaige unbekanntes Erben oder ihrer Person nach unbekanntes Vermächtnisnehmer hierdurch öffentlich aufgerufen, spätestens in dem auf
Donnerstag, den 1. Juli 1880, Vormittags 10 Uhr,
 anberaumten Termine vor dem unterzeichneten Herzoglichen Amtsgerichte zu erscheinen, um ihre etwaigen Rechte und Ansprüche anzumelden auch die Urkunden und Wertpapiere vorzulegen, widrigenfalls sie durch das nach Schluß des Aufgebotsstermins auf Antrag zu erlassende Anschlußurtheil mit ihren Ansprüchen ausgeschlossen, insbesondere die betreffenden Urkunden und Wertpapiere für kraftlos werden erachtet werden.
 Dessau, den 15. Dezember 1879.

Herzoglich Anhaltisches Amtsgericht.
 F. Meyer.

In unserm Verlage sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

J. C. N. Backhaus,

Schulinspector,
 Hilfsbuch für den Unterricht in der deutschen Sprache.

105 S. Preis 40 S.
 — in der Geschichte, Erdkunde, Naturgeschichte und Naturlehre, in Verbindung, mit den Lehrern **H. Buschbaum, H. Grewe** und **W. Tronkner** herausgegeben.

160 S. Preis 60 S.
 Zahlreiche Besprechungen in Fachblättern rühmen von diesen Büchern, daß sie sehr praktisch angelegt seien und, aus der Schule selbst hervorgegangen, allen Anforderungen derselben voll und ganz genügen, überhaupt zu den besten ihrer Art gehören, wie auch durch sehr billigen Preis bei guter Ausstattung sich empfehlen.

Gerstenberg'sche Buchhandlung in Hildesheim.

In unserm Verlage ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Entwürfe zu Lehr-, Stoff- und Zielplänen

für 5-, 4- und 3klassige Bürger- und Volksschulen.

Von **W. Dietlein**, Schulinspector.
 2. Auflage. Preis 60 S.
 Gerstenberg'sche Buchhandlung in Hildesheim.

In unserm Verlage ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Rechenbuch

für
 Gymnasien, Real- und höhere Bürgerschulen

von
G. Th. Loebnitz, Gymnasiallehrer.
 1. Theil: Die vier Grundrechnungen. 11. Aufl. Preis 1 M.
 2. Theil: Die zusammengesetzten Rechnungsarten. 9. Aufl. Preis 1 M.
 Antworten dazu in 2 Hefen à 60 S.
 Gerstenberg'sche Buchhandlung in Hildesheim.

In unserm Verlage ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

F. C. Kuhlitz,

Gründer und Director der Taubstummen-Anstalt in Hildesheim.

Seines Lebens Bild und Werk als Festgeschenk zum 50. Jubiläum der Taubstummen-Anstalt zu Hildesheim, dargeboten von **Ed. Kössler**, Director derselben.

Mit Portrait und Facsimile 1 M.
 Der Reinertrag ist bestimmt zur Ansammlung eines Fonds behufs Unterstützung armer entlassener Taubstummer zu ihrer Ausbildung in einem bürgerlichen Beruf.

Gerstenberg'sche Buchhandlung in Hildesheim.

Verlag v. S. F. Voigt in Weimar.

Wilhelm Wedemann's

Hundertfünfzig

Kinderlieder

mit Begleitung des Klaviers.

Eine Ergänzung zu jeder Klavierschule.
 Dreizehnte verb. Auflage,
 herausgegeben von **Fr. Seldel**.
 1880. 4. Geh. 2 Mk. 50 Pf.

Sonnabend, d. 20. December 1879.

Vierte

Kammermusik

im Saale des Gewandhauses zu Leipzig

Mitwirkende:

Frau Professor **Amalie Joachim** (Gesang), die Herren **Concertmeister Schradieck, Bolland** (Violine), **Thümer** (Viola), **Schröder** (Violoncell), **Muck** (Pianoforte).

Sämmtliche Compositionen sind von **L. van Beethoven**, geb. den 17. Decbr. 1770.

Quartett für Streichinstrumente (Es-dur, Op. 74).

Zwei Lieder mit Pianoforte: a) **Wonne der Wehmuth**, b) **Mignon**.

Vier Lieder mit Pianoforte, Violine und Violoncell.

Quartett für Streichinstrumente (B-dur, op. 130): a) Die holde Maid von Inverness (schottisch), b) Trüb und traurig schien die Sonne (irisch), c) Der treue Johnnie (schottisch), d) Kommt schliesst mir einen frohen Kreis (irisch).

Billets à 3 Mark sind im Bureau der Concert-Direction und am Haupteingange des Saales zu haben.

Einlass um 6 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

[2275] **Die Concert-Direction.**

Verantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Carl **Wiedermann** in Leipzig. — Herausgeber: Dr. **Eduard Brockhaus** in Leipzig. — Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in Leipzig.



Oberschlesische Eisenbahn.

Die Ausgabe der neuen vom 1. Januar 1880 ab laufenden Zinscoupons bezw. Dividendenscheine zu den Stamm-Aktien Lit. E. der Oberschlesischen Eisenbahn und

zu den 4 1/2%igen Reife-Briefer Prioritäts-Obligationen der Oberschlesischen Eisenbahn, erfolgt täglich in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr — ausschließlich der Sonn- und Festtage — vom 2. Januar 1880 ab

- 1) in **Breslau** in unserem Zinscoupons-Ausreichungsbureau, sowie ferner durch Vermittelung unserer nachstehend bezeichneten auswärtigen Zahlstellen:
- 2) in **Stettin** durch das Bankhaus **Wm. Schlutow**,
- 3) in **Berlin** durch die **Disconto-Gesellschaft**, die **Bank für Handel und Industrie** und **S. Bleichröder**,
- 4) in **Gr. Glogau** durch die **Commandite des Schlesiens-Bankvereins**,
- 5) in **Dresden** durch die **Filiale der Leipziger Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt**,
- 6) in **Leipzig** durch die **Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt**,
- 7) in **Magdeburg** durch den **Magdeburger Bank-Verein Klincksieck, Schwanort & Comp.**,
- 8) in **Hannover** durch die **Hannoversche Bank**,
- 9) in **Hamburg** durch die **Norddeutsche Bank**,
- 10) in **Cöln** durch den **A. Schaaffhausen'schen Bankverein**,
- 11) in **Frankfurt a. M.** durch das Bankhaus **M. A. von Rothschild & Söhne**,
- 12) in **Darmstadt** durch die **Bank für Handel und Industrie**, und
- 13) in **Stuttgart** durch die **Herren Pfau & Comp.**

Die Talons, auf Grund deren die Ausgabe der neuen Coupons bezw. Dividendenscheine erfolgt, sind mit einem die einzelnen Talons in der Nummernfolge nachweisenden, vom Präsentanten mit Angabe des Standes und Wohnorts zu vollziehenden Verzeichnisse einzureichen. Für die verschiedenen Gattungen bezw. Appoints der Wertpapiere ist je ein besonderes Verzeichniß anzufertigen. Formulare zu den Verzeichnissen werden bei den vorbezeichneten Ausgabestellen unentgeltlich verabfolgt.

Sollte bei Präsentation größerer Posten von Talons die Ausgabe der neuen Coupons nicht auf der Stelle zu ermöglichen sein, so wird über die Ablieferung der Talons eine Interimsbescheinigung ertheilt und gegen Rückgabe derselben die Ausbändigung der Coupons bewirkt.

Schriftwechsel und Sendungen finden bei unserem Coupons-Ausreichungsbureau nicht statt.

Werden Talons nicht innerhalb Jahresfrist vom Tage ihrer Fälligkeit ab zur Erhebung der neuen Couponbogen benutzt, so erfolgt die Ausgabe der letzteren nur an die Borgeiger der Wertpapiere selbst.

Die den auswärtigen Zahlstellen erwachsenden Porto- und Selbstkosten werden den Präsentanten der Talons anteilig in Rechnung gestellt und sind gegen Empfang der Couponbogen zu berichtigen.

Breslau, den 10. December 1879. **Königliche Direction.**

Die Allgemeine Zeitung

(mit wissenschaftlicher und Handels-Beilage)

Kostet in Deutschland und Oesterreich bei Postbezug vierteljährlich 9 Mark.; direct pr. Kreuzband monatlich 4 Mark. (M. 5. 60. für die andern Länder des Weltpostvereins.)
 Quartalpreis bei wöchentlichem Besellen: im Weltpostverein M. 14.40, außerhalb desselben M. 19. 50.

Zeitschrift, wissenschaftl. Aufsätze etc. in Nr. 343-349. Die „Duxer“-Frage. — Neue Aufschlüsse über die russische Expedition gegen die Turkmeneu. — Sufiz und Plawa. — Die Theilregulierung und der Bericht der internationalen Schiedsrichter-Gesellschaft. III. — Die österreichische Politik seit dem Rücktritt des Grafen Andrássy. — Die Vorgänge in Bulgarien. — Urban VIII von S. Gregorovius. — Ueber die Berechtigung des Optimismus. Von Dr. K. v. Prantl. (Schluß.) — Kämpferische Weihnachtsgaben. (III/V.) — Zur einseitigen deutschen Rechtsprechung. Von D. Sanders. — Zur Literatur der Geschichte der Polar-Reisen. — Pariser Chronik. (III.) — Das Winkelmannsfecht der Archäologischen Gesellschaft in Berlin. — Das Defregger-Rosenger-Buch. — Aegypten von Georg Ebers. Von W. Bähr. — Auszug nach Russland. Von Dr. v. Höber. (VI.) — Diden's Briefwechsel. Von H. Jünger. — Italienische April-Tage. Von Martin Schleich. (III.) — Der Stures-Preis. Von S. Frau. — Handels-, Bank- und Börsenzustände in Frankreich. LII. — Die Simplonbahn und ihre Concurrenten.

Aufträge für Kreuzbandsendungen an die Expedition in Augsburg. [2278]

3. Kais. Postamt Nr. 1, Postg. a. Augustuspl.
 4. Kais. Postamt Nr. 2, a. Dreßener Bahnh.
 5. Kais. Postamt Nr. 3, a. Pariserischen Bahnh.
 6. Kais. Postamt Nr. 4, in der Mühlgasse
 7. Kais. Postamt Nr. 6, in der Weststraße
 8. Kais. Postamt Nr. 7, am Ranf. Steinw.
 9. Kais. Postamt Nr. 8, auf d. Eilenb. Bahnh.
 Die unter 3-9 aufgeführten Telegraphenanstalten haben beschränkten Tagesdienst.)
Aquarium, Schützenhaus, geöffnet von früh 9 Uhr bis Nachmittags 5 Uhr.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Dr. Kaufmann Gustav Goldbach in Dresden mit Fräulein Therese Gebhardt in Otsch. — Dr. Stabsarzt Dr. med. Wilhelm Sella in Dresden mit Fräulein Johanna Bucher.

Vertraut: Dr. Gerichtsreferendar und Anwalt Georg Kind in Delonitz mit Fräulein Clara Schuster. — Dr. Oberlehrer Paul Leonhardt in Grünitz mit Fräulein Johanna Höpfer. — Dr. Ludwig Petermann in Leipzig mit Fräulein Marie Berner aus Forst i. d. L.

Geboren: Frau Robert Bachmann jun. in Peggau ein Sohn. — Frau August Linke in Leipzig eine Tochter.

Verstorben: Frau Ida verm. Börner, geb. Wimmer, in Grimma. — Frau Emma Elisabeth Amalie Georg, geb. Nischke, in Leipzig. — Dr. Georg Gustav Gerstenberger in Chemnitz. — Frau Wilhelmine Gehner, geb. Schumann, in Leipzig. — Dr. Kirchner emor. August Wilhelm Hünerfähr in Reichenbach i. B. — Frau Henriette Köhler, geb. Berndt, in Leipzig. — Dr. Schneidermeister August Anton Köhlschütter in Leipzig. — Frau Johanna Rosina Müller, geb. Jentsch, in Oberglauchwitz. — Frau verm. Müller, geb. Kauf, in Rittersgut Trautzschen. — Dr. Bernhard Mändner in Leipzig. — Dr. Dr. Emil Hermann Köber, aus Frauenstein, in Pirna. — Frau Karoline verm. Ubrig, geb. Förster, in Planitzsch. — Dr. Julius Eduard Wagner in Otsch.

Festgeschenk!

Spiegel-Buch
 von
Kaufmann
 Vierte vermehrte und neu ausgestattete Auflage.
 In Festschwarz mit Goldschnitt & Lack.
 Bremen 1880.
 C. Schumann's Verlag.

Unter
 u. Sohn)
 schienen, da
 sagt, in Pa
 militärischen
 hat. Dasse
 der gegenf
 ziehungen v
 eine Betr
 Eisenbahn
 bei allen st
 Jahres 187
 Kilometer v
 schnellere G
 und der M
 zwischen de
 beden zu v
 letzten vier
 versalstred
 herzustellen,
 grenze führ
 theil der G
 großen Gef
 für den St
 Kilometer i
 find, stellt
 deutend ung
 nur 18 dem
 Berpflittern